Donnerstag, den 7. August 1924. Einzelnummer 10 Goldpfennige 35. Jahrgang. — Nr. 183

Volkswacht

für Schlesien

Bezugspreis: Die „Volkswacht" erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition: Flurstraße 16, durch die Buchhandlung der „Volkswacht", Neue Graupenstraße Nr. 7, durch die Zweigstelle, Zigarrengeschäft Herbert, Matthiasstraße 149, sowie durch alle Austräger zu beziehen. Postpreis freibleibend. Bezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 0,49 Goldmark, monatlich 1,70 Goldmark. Durch die Post frei ins Haus 2,06 Goldmark.

Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2

Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3141.
Postscheck-Konto: Postscheck-Amt Breslau Nr. 5352.

Anzeigenpreis: Je Millimeter für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 10 Pf. auswärts 12 Pf. Anzeigen unter Text 30 Pf., auswärts 45 Pf., Stellenangebote 6 Pf., Familienanzeigen, Stellengesuche, Vereins-, Versammlungs- und Wohnungs-Anzeigen 5 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das fette Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Flurstraße 16 sowie in sämtlichen Zweigstellen abgegeben werden.

Ein englisch-russischer Vertragsentwurf zustande gebracht?

„Abschreibung" der russischen Schulden. — Ratifizierung im Unterhaus zweifelhaft.

London, 6. August (Eigener Drahtbericht.) Im Unterhause wurde heute Nachmittag bekanntgegeben, daß ein englisch-russischer Vertrag heute abgeschlossen worden ist und wahrscheinlich morgen früh unterzeichnet werden wird, nachdem eine geeignete Formulierung des bisher noch umstrittenen § 11 gefunden worden war. Ponsonby teilte im Unterhause mit, daß England der Handelsdelegation der Sowjetunion die Vorrechte diplomatischer Exterritorialität gewährleiste.

Weiter führte der Unterstaatssekretär aus, die Rechte des Parlamentes seien durchaus gewahrt worden. Der Vertrag, der hoffentlich morgen unterzeichnet werde, werde für die Dauer von 21 parlamentarischen Tagen auf dem Tisch des Hauses bleiben, so daß Gelegenheiten für die Erörterung vor der Ratifizierung gegeben seien. Es müßten sodann Vereinbarungen über drei verschiedene Arten von Schulden und Ansprüchen erreicht werden. Sei dies geschehen, so werde ein zweiter Vertrag eingebracht werden, der ebenfalls 21 Tage lang auf dem Tisch des Hauses bleiben werde. Im Anschluß hieran werde eine finanzielle Resolution und ein Gesetz, betreffend eine Anleihe, eingebracht werden. Ponsonby teilte weiter mit, daß bezüglich der Propaganda eine Klausel in den Vertrag eingefügt sei, der dem alten Handelsabkommen ähnlich, aber in mancher Beziehung noch strenger gehalten sei.

Lloyd George erklärte, er finde es bedenklich, daß die Erörterungen bis zum Herbst vertagt werden müßten. Wenn nach drei Monaten das Unterhaus das Abkommen verworfen würde, so würde dies der Sowjetregierung als eine Verleugnung des Abkommens erscheinen, das sie mit der britischen Regierung abgeschlossen habe. Ponsonby habe erklärt, daß er bevorzuge, die gesamten Schulden, die Rußland an England zu zahlen habe, zu annullieren. Hier warf **Ponsonby** ein, er habe nicht gesagt annullieren, sondern abschreiben. Lloyd George erwiderte, soweit er sehen könne, sei dies ein Schwindel. (Beifall bei der Opposition.) Das Ganze sei ein Betrug, bei dem alte wesenlichen Zahlen weggelassen seien. Wie war es denn die Schuld abgeschrieben worden, um 600 Millionen? Ein ähnlicher Betrag werde England von Frankreich geschuldet, ferner große Beträge von Belgien und Italien. Wie könne man da Rußlands Schuld annullieren oder Abschreibungen daran vornehmen, ohne das gesamte Problem der interalliierten Schulden zu erwägen?

* * *

Die politische Bedeutung einer wirtschaftlichen Verständigung von Rußland und England kann gar nicht überschätzt werden. Alle weltpolitischen Gegensätze der letzten Jahre könnten dadurch zu einer wesentlichen und dauernden Entspannung gelangen, zumal, wenn die von Baldwin eingeleitete und von Macdonald so erfolgreich fortgesetzte englisch-amerikanische Annäherung gleichzeitig weitermirkt. Auch auf die internationale Arbeiterbewegung kann der Ausgleich zwischen den beiden Regierungen der stärksten Parteien der zweiten und der dritten Internationale nur günstige Rückwirkungen haben. Wenn für Sowjet-Rußland durch Erleichterung internationaler Kreditaufnahme der Weg zum friedlichen Wiederaufbau der Wirtschaft geebnet wird, so wird das auch hemmend auf die Absichten militaristischer Sowjetkreise wirken, die neuerdings den Ausweg aus den inneren Schwierigkeiten offensichtlich bereits in Angriffsplänen auf Polen, Rumänien und den Balkan suchten. Der Linkskurs in Westeuropa hatte die europäischen Nachbarstaaten Rußlands stärker isoliert als bisher und dadurch zunächst die russische Begehrlichkeit auf Bessarabien, Ostgalizien und die durch die letzten Kriege stark proletarisierten Kleinbauerngebiete auf dem nördlichen Balkan verstärkt. Aber derselbe europäische Linkskurs scheint jetzt den russischen Militarismus innerlich überwinden zu können, indem er Rußland das Risiko neuer gewaltsamer Konflikte nach all dem Kriegs- und Bürgerkriegselend der letzten 10 Jahre erspart und dem russischen Volk Möglichkeiten zeigt, die von dauernderem Werte sind.

Noch ist freilich nicht zu übersehen, ob der Vertragsentwurf im englischen Unterhaus eine Mehrheit findet und ob auch die englischen Bankiers darin eine geeignete Grundlage für russische Anleihen sehen. Die Arbeiterregierung scheint die Bankiers, die über die Streichung alten Forderungen nicht erbaut sein werden, durch eine englische Staatsgarantie für die neue Anleihe in einem späteren Vertrag beruhigen zu wollen. Und Lloyd George, der zunächst über das Verhandlungsergebnis schimpft, schwärmt doch schon lange für das russische Geschäft! Der bisher vorliegende Vertrag bringt aber nur den Rahmen für diese Zukunftspläne.

—m.

Die deutsche Antwort.

Ein beigelegter Zwischenfall.

Uebergabe der Antwort.

London, 6. August. Um 10 Uhr morgens übergaben die deutschen Delegierten, welche die Woche durch gearbeitet hatten, die Antwort in deutscher Sprache. Die Uebersetzung wurde sofort in Angriff genommen. Das Schriftstück umfaßt nur 20 Seiten. In dem Begleitschreiben heißt es, daß die kurze zur Verfügung stehende Zeit es der deutschen Abordnung nicht ermöglicht habe, sich über alle Einzelheiten der Fragen der alliierten Beschlüsse ein endgültiges Urteil zu bilden. Ferner ist darin die Ansicht ausgedrückt, daß diese Beschlüsse nicht die Gesamtheit der Fragen erschöpfen. Dabei wurde auf die Frage der militärischen Räumung der über den Versailler Vertrag hinaus besetzten Gebiete und auf die beabsichtigte Belassung von französisch-belgischen Eisenbahnern hingewiesen.

Nach der Zusammenkunft der Hauptdelegierten um 10 Uhr 30 Minuten wurde die zweite Sitzung auf 11 Uhr 30 Minuten festgesetzt, zu der Reichskanzler Marx und Dr. Stresemann eingeladen waren. Für abends 9 Uhr wurde eine zweite Sitzung des Rates der Vierzehn anberaumt.

Die deutsche Antwort.

Paris, 7. August. (Eigener Funkbericht.)

Trotz der von der Londoner Konferenz am Mittwoch beschlossenen vorläufigen Geheimhaltung des deutschen Memorandums ist die Pariser Presse am Donnerstag morgen in der Lage, über dessen Inhalt sehr ausführliche Angaben zu veröffentlichen.

Im ersten Teil des Memorandums, der die Frage etwaiger Verfehlungen und Sanktionen behandelt, wird von deutscher Seite geltend gemacht, daß die gefaßten Beschlüsse der alliierten Konferenz eine Abänderung des Friedensvertrages darstellen und deshalb der Zustimmung der deutschen Regierung bedürfen. Darüber hinaus wird angeführt, daß in dem Protokoll die Rede ist von Verfehlungen schlechthin, daß es sich aber nach dem Friedensvertrag lediglich um vorsätzliche bzw. böswillige Verfehlungen handeln müsse.

Im Teil II, dem die wirtschaftliche Räumung des Ruhrgebietes gewidmet ist, soll das deutsche Memorandum eine Abgrenzung der in dem Räumungsplane der alliierten Konferenz vorgesehenen Fristen um 4—6 Wochen verlangen, derart, daß die wirtschaftliche und fiskalische Einheit des Reiches spätestens zum 1. Oktober wiederhergestellt sei. Weiterhin wird das Ersuchen ausgesprochen, daß die Amnestie für die von den Alliierten verhängten Strafen und Ausweisungen vollständig sei und daß die Interalliierte Rheinlandkommission in Zukunft auf das Recht, Ausweisungen vorzunehmen, verzichte. Das Memorandum fügt hinzu, daß, wenn die deutsche Regierung in diesem Punkte nicht die gewünschten Genugtuungen erhalten werde, sie sich außerstande sehe, ihrerseits die wegen ihrer aktiven Unterstützung der Besatzungsbehörden, sowie die wegen Teilnahme an der separatistischen Bewegung Verurteilten zu begnadigen. Nach dem „Quotidien" ist man in Konferenzkreisen der Auffassung, daß über diesen Punkt eine Verständigung dahin erzielt werden könne, daß sämtliche Regierungen eine Amnestie ohne Einschränkungen und Vorbehalte verfügen.

Der zweite Teil des deutschen Memorandums schließt mit einigen Vorbehalten gegen die von der Konferenz zugunsten der Anleihegläubiger ausgesprochene Priorität auf alle Einnahmequellen des Reiches. Teil III erklärt, daß die deutsche Regierung mit den Grundprinzipien der von der dritten Kommission aufgestellten Grundsätze bezüglich der Sachleistungen und der Ueberweisungen einverstanden sei. Die deutsche Regierung erklärt sich zu der von den Alliierten geforderten Fortsetzung der Sachleistungen über das Jahr 1930 hinaus einverstanden, unter der Voraussetzung, daß diese Leistungen auf dem Wege freier Abmachungen mit den deutschen Lieferanten sichergestellt werden und daß der deutschen Regierung das Recht eingeräumt werde, gegen die Entscheidungen der Reparationskommission über ein Lieferungsprogramm an eine schiedsrichterliche Instanz zu appellieren. Außerdem lehne die deutsche Regierung es ab, die Garantie für solche Lieferungen zu übernehmen, die nicht im Friedensvertrage ausdrücklich vorgesehen sind und sie verlangt endlich, daß bei sämtlichen Naturallieferungen dem eigenen Verbrauch Deutschlands und seinem Exportbedarf Rechnung getragen wird.

In einigen der von den Deutschen aufgeworfenen Fragen, so erklärt dazu der „Quotidien", seien die Alliierten außerstande, irgendwelche Konzessionen zu machen. Ueber andere werde man sich verhältnismäßig leicht verständigen. Nach der gleichen Quelle werden die deutschen, französischen und belgischen Delegierten am Donnerstag zusammentreten, um über die Frage der militärischen Räumung der Ruhr zu beraten. Es verlautet, daß man auf französischer Seite eine Lösung anstrebe, wonach die Räumung der Kölner Zone abhängig gemacht werden soll von der Erfüllung der in der letzten Note der Botschafterkonferenz gestellten Bedingungen für die Durchführung der Entwaffnung und der Militärkontrolle und daß die Räumung der Ruhr zu gleicher Zeit erfolgen solle, wie die der Kölner Zone.

Frisches Tempo in London.

Die schwierigen und langwierigen Verhandlungen unter den Alliierten selbst haben die Hauptbeteiligten, Macdonald und Herriot, etwas abgekämpft zurückgelassen. Mit dem Erscheinen der Deutschen kommt noch einmal ein frischer Zug in das Getriebe. Man möchte noch in dieser Woche zu Ende kommen. Einmal, weil das Errungene nicht durch langes Feilschen abermals gefährdet werden soll und zum zweiten, weil nach vier Wochen des Hin und Her jeder Beteiligte die Nase voll hat. Deshalb gibt es jetzt Morgen-, Mittags- und Abendsitzungen, werden die Minima für Aeußerungen und Gegenäußerungen auf die Minuten angesetzt, wobei allerdings anerkannt werden muß, daß die großen Sieben schon vorher jede halbwegs fertige Entscheidung nach Berlin melden ließen, ehe die deutsche Delegation abreiste, um ihre Aufgabe zu erleichtern. Es waren eigentlich nur noch die Ergebnisse der zweiten Kommission, die unseren Unterhändlern bei der Ankunft in London neu vorlagen. Immerhin haben sie einen großen Teil der Nacht daran setzen müssen, damit sie am Mittwoch morgen um 10 Uhr die deutsche Gegenäußerung übergeben konnten, die etwa 20 Schreibmaschinenseiten umfaßt und sich auf die nicht zum Dawesplan gehörenden Nebenfragen erstreckt. Der Text der deutschen Antwort, über die heute abend 9 Uhr offiziell weiter verhandelt werden soll, wurde vorläufig nicht veröffentlicht. Es scheint, daß beide Teile damit einverstanden waren, weil man sich nicht unnötig vor der Oeffentlichkeit auf Forderungen und Ablehnungen festlegen will, bei denen bald der eine, bald der andere nachgeben muß, was natürlich bald von der französischen, bald von der deutschen Nationalistenpresse als eine unerträgliche Niederlage in die Welt posaunt würde.

Die Unterhandlungen dieser Tage werden sich um vier schwierige Hauptfragen drehen — neben vielen Einzeldifferenzen, von denen unser Berliner Mitarbeiter gestern einige aufzeigte. Die vier Hauptfragen sind:

Die Räumungsfristen fürs Ruhrgebiet und die Befreiung der ersten Räumungszone (Köln—Krefeld);

die völlige Rückgabe der Eisenbahnverwaltung und des Betriebes;

die völlige Amnestie für die Ruhropfer;

die Berechtigung zu sogenannten Sanktionen bei festgestellten Verfehlungen Deutschlands.

Was in diesen vier Fragen erreicht wird, ist ausschlaggebend und das Wichtigste dabei ist die Räumung der Ruhr. Eine Frist von zwei Jahren dafür anzusetzen, scheint untragbar und unsere Zustimmung dazu würde eine nachträgliche Anerkennung der Berechtigung dieses Ueberfalls durch Poincaré bedeuten. Hier müssen also kürzere, genau festgesetzte Termine für die etappenweise Räumung erreicht werden, an die jede französische Regierung gebunden ist.

Die Freigabe der Eisenbahnen soll von den Besatzungsmächten nach den bisherigen Mitteilungen unter der Bedingung erfolgen, daß etwa 3500 fremde Eisenbahner auf vier Hauptstrecken verbleiben, um die Sicherheit des Besatzungsheeres im altbesetzten Gebiet und seine Verpflegung zu garantieren. Diese Forderung widerspricht dem klaren Wortlaut des Dawes-Gutachtens von der einheitlichen Verwaltung der deutschen Bahnen und muß möglichst ausgemerzt werden.

Daß man überhaupt noch Deutsche, die im Ruhrkampfe zu ihrem Lande hielten, von der Amnestie ausschließen will, ist eine so unbegründete Maßnahme, daß die deutsche Delegation sich mit Recht dagegen gewandt und die volle Amnestie verlangt hat.

Am wenigsten Schwierigkeiten wird die Einigung in der Sanktionsfrage bereiten. Denn wenn auch ein theoretischer Protest gegen die Vornahme solcher Sanktionen überhaupt eingelegt werden muß, besonders der selbständigen Sanktion einer einzelnen Nation, die immer noch nicht ganz ausgeschlossen erscheint, so ist praktisch die Möglichkeit solcher Maßnahmen doch so eingeschränkt und mit soviel Fußangeln versehen, daß sie eine ernste Bedrohung für uns in der Zukunft kaum noch darstellt.

Für die Zugeständnisse, die in den drei ersten Punkten erzielt werden sollen, wird von Deutschland eine Verlängerung der wirtschaftlichen Handelsbevorzugung für Frankreich, von England ein Nachlaß bei den französischen Schulden verlangt und auch um diese Kompensationen wird unter der Hand verhandelt. Auf das erstere legt die elsässische Industrie großen Wert, auf das letztere ganz Frankreich, dessen Finanzen auch arg verfahren sind.

Der Widerstand zu den drei ersten Punkten wird getragen von den französischen Militärs. Diese gleichen den deutschen des alten Regimes auf ein Haar und übrigens auch denen der anderen Nationen. Die Militärs stellen sich allemal den Einigungen in den Weg und Herriot wird Mühe haben, ihren Einfluß zu brechen.

Am Sonntag will der Reichskanzler bereits bei einer Verfassungsfeier in Münster, bei der auch der Reichspräsident anwesend sein wird, das Ergebnis von London besprechen. Hoffentlich fällt es so aus, daß die Kampagne in Deutschland dann rasch und entschieden durchgeführt werden kann.

* * *

Zwischenfälle der ersten Sitzung.

London, 7. August. (Eigener Funkbericht.)

Die zweite gemeinsame Sitzung der Alliierten mit den Deutschen hat nicht den Verlauf genommen, den man gewünscht und anfänglich erwartet hatte. Sie begann um 11½ Uhr vormittags und dauerte bis 1 Uhr. Nachdem die deutsche Delegation ihre Stellungnahme zu den Beschlüssen der alliierten Konferenz nach Rücksprache mit Macdonald am Dienstag abend schon am Mittwoch um 9 Uhr vormittags übermittelt und die Alliierten in einer gemeinsamen Sitzung zum deutschen Memorandum und Begleitbrief Stellung genommen hatten, sollte in der Chefbesprechung schon die Diskussion erfolgen. Die Sitzung wurde eingeleitet durch eine mündliche Erläuterung des deutschen Memorandums durch Marx, die ungefähr eine Stunde in Anspruch nahm. Im Verlauf der Uebersetzung der Ausführungen des Reichskanzlers ins Französische machte Herriot einen Zwischenruf, der in drastischer Weise die Verwunderung der französischen Delegation über den deutschen Standpunkt zum Ausdruck brachte. Auch Macdonald hat am Schluß der Uebersetzung ins Englische geäußert, daß Marx eine Reihe von Fragen angeschnitten habe, die mit dem Gutachten nicht zusammenhängen. Tatsächlich ist in dem deutschen Memorandum und im Begleitbrief zum Memorandum und ebenso in der Rede von Marx u. a. die Räumungsfrage angeschnitten worden. Die Wirkung dieses Vorgehens der deutschen Delegation bei den Alliierten ergab sich aus der sofortigen Vertagung der Sitzung. Eine neue Chefbesprechung wurde auf 9 Uhr abends festgesetzt. Die deutsche Delegation ersetzte nach der Rückkehr von der Konferenz den Dolmetscher Dr. Michaelis, der die Rede von Marx übersetzt hatte, sofort durch eine andere Person. Es heißt, daß Marx in seiner Erklärung lediglich den Wunsch und die bestimmte Erwartung auf eine baldige Räumung des Ruhrgebiets zum Ausdruck brachte. Diese Stelle der Ausführungen des Kanzlers wurde angeblich vom Dolmetscher in unglücklicher Form wiedergegeben. Da die Alliierten hiervon inzwischen unterrichtet sein dürften, wird die gegen die deutsche Delegation tatsächlich vorherrschende Mißstimmung teilweise behoben werden können.

Es ist nicht anzunehmen, daß die Absicht Herriots, mit Marx möglichst schnell in persönliche Fühlungnahme zu treten, infolge dieses Verlaufs der Chefbesprechung aufgegeben wird. In der Besprechung Herriot-Marx sollen hauptsächlich die Möglichkeiten der militärischen Räumung des Ruhrgebietes in Verbindung mit wirtschaftlichen Zugeständnissen Deutschlands untersucht werden, nachdem eine Behandlung des Problems der interalliierten Schulden im Augenblick vollkommen aussichtslos ist.

Ausgleich in der Abendsitzung.

London, 7. August. (Eigener Funkbericht.)

Die Abendsitzung der Chefdelegierten, die um 9 Uhr begann, wurde kurz nach 10½ Uhr beendet. Ihr sachlicher Verlauf zeigte, daß die anfängliche Mißstimmung über den Begleitbrief zum Memorandum, der von der militärischen Räumung spricht, überwunden ist. Das ist zum Teil sicherlich auf den Inhalt des Memorandums selbst zurückzuführen, der auch bei der französischen Delegation nach genauem Studium nicht als ungünstig betrachtet wird. Immerhin bleibt bemerkenswert, daß die anfänglich von Herriot bereits für Donnerstag in Aussicht genommene Besprechung mit Marx vorläufig aufgeschoben worden ist. Die Behauptungen, daß innerhalb der französischen Delegation ohne Wissen Herriots mit Snowden verhandelt wurde, sind falsch. Vorläufig wurde nichts unternommen, um derartige Verhandlungen überhaupt zustande zu bringen. In der Abendsitzung wurde zunächst von den Verhandlungen, die am Nachmittag zwischen den Alliierten und den deutschen Sachverständigen stattfanden, Kenntnis genommen. Diesen Beratungen der Sachverständigen lag das deutsche Memorandum zugrunde. Die von den Sachverständigen vorgeschlagene Arbeitsteilung fand die Billigung der Chefdelegierten. Die wichtigsten Fragen werden die Chefdelegierten selbst besprechen. Am Mittwoch abend haben sie nur die ersten Punkte der Beschlüsse der ersten Kommission der alliierten Konferenz über die Feststellung der Verfehlungen erörtert. Man spricht davon, daß Fortschritte erzielt worden sind. Beschlüsse wurden nicht gefaßt. Am Donerstag um 11 Uhr werden die Beratungen der Chefdelegierten fortgesetzt. Gleichzeitig treten die Sachverständigen mit Einschluß der deutschen Sachverständigen zu einer Besprechung über die Beschlüsse der zweiten und dritten Kommission der alliierten Konferenz zusammen.

Gute Hoffnungen in England.

London, 6. August. (W.T.B.) Die heutige Morgenpresse spiegelt in ihren Betrachtungen über die Reparationskonferenz den zuversichtlichen Eindruck wider, den der Eintritt der deutschen Delegation in die Verhandlungen in der öffentlichen Meinung erzeugt. Die Blätter erwarten, daß das zweite Stadium der Konferenz kurz und erfolgreich sein werde. Das Eintreten des Reichskanzlers Marx für den Dawesbericht wird besonders hervorgehoben. Seine Worte „Ein Weg zu Friede und Freiheit" finden große Beachtung. „Daily Chronicle" schreibt, der Reichskanzler und seine Berliner Kollegen hätten ihren Anteil an der Aufgabe der Durchführung des Dawesberichts mit großer Herzlichkeit aufgenommen. Auch „Daily News" und „Times" heben den günstigen Eindruck hervor, den die deutschen Vertreter auf der Konferenz hervorgerufen haben. „Times" schreibt, die Rede des Reichskanzlers habe sich durch großen Takt und klare und unwiderrufliche Bekräftigung der Absicht Deutschlands ausgezeichnet, die Bedingungen des Dawesplanes durchzuführen, wenn alle notwendigen beiderseitigen Abkommen abgeschlossen seien. Das zweite Stadium der Konferenz habe hoffnungsvoll begonnen.

Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph" schreibt, der höfliche und versöhnliche Ton, den der Reichskanzler in seiner Erwiderung auf die Eröffnungsansprache Macdonalds angeschlagen habe, habe bei allen Delegierten ausgezeichneten Eindruck gemacht.

London, 6. August. Laut „Times" werde die Ansicht, die Konferenz werde mit Ende der Woche auch ihr Ende erreichen, für allzu optimistisch angesehen. Wie das Blatt außerdem berichtet, ist der amerikanische Botschafter Houghton im Zusammenhang mit der Reparationskommission nach London gekommen. „Daily Herald" hebt hervor, daß von dem Ergebnis der Besprechungen über die militärische Räumung des Ruhrgebietes der Erfolg oder Mißerfolg der Konferenz abhängen würden.

Macdonalds Rede.

London, 6. August. (Eigener Drahtbericht über den Schluß der Rede.) Ueber die Räumung der Kölner Zone durch die englischen Truppen hat Macdonald in seiner Unterhausrede ausgeführt, er heiße es nicht für klug, diese Frage mit der Frage der Räumung des Ruhrgebietes durch Frankreich zu verquicken. Köln solle nach 5 Jahren geräumt werden, wenn Deutschland seine Verpflichtungen „getreulich erfüllt hat". Das bedeute aber nicht die Notwendigkeit der Räumung, wenn Deutschland seine Verpflichtungen 4½ Jahre lang nicht erfüllt habe und nur im letzten halben Jahre erfülle. Ferner sei die Frage zu entscheiden, ob Köln nach der Räumung durch die Engländer von einer anderen alliierten Macht besetzt werden dürfe und ob England nach der endgültigen Räumung zur Uebernahme eines anderen Abschnitts des besetzten Gebietes verpflichtet sei. Jedenfalls erkläre er ohne den geringsten Vorbehalt, daß kein einziger englischer Soldat auch nur eine Minute länger in Köln bleiben werde, als es notwendig sei zur Erfüllung der Verpflichtungen, die der Friedensvertrag England auferlege. Uebrigens ist in London von französischer Seite darauf hingewiesen worden, daß der ernste Wunsch bestehe, mit der deutschen Regierung zu einem befriedigenden Uebereinkommen wegen der militärischen Räumung des Ruhrgebietes zu gelangen. Es wurde angedeutet, daß der zweijährige Zeitraum bis zur vollständigen Räumung durch wirtschaftspolitisches Entgegenkommen von Deutschland, vor allem in bezug auf eine dauernde und freundschaftliche Ausgestaltung der Handelsbeziehungen in einem für beide Länder günstigen Sinne wesentlich verkürzt werden könne. Das Tempo der Ruhrräumung, so meinen die Franzosen, ist eine Angelegenheit, die am besten in direkten Verhandlungen mit Deutschland geregelt wird.

London, 7. August. (Eigener Funkbericht.)

Pariser Blätter melden, daß Genosse Breitscheid am Montag von Herriot empfangen worden sei. (Auch wir haben diese Meldung, die uns unser Pariser Korrespondent auf Grund der dort vorliegenden Nachrichten übermittelte, weitergegeben. D. Red.) Diese Pariser Meldung war unrichtig. Weder ist Breitscheid von Herriot in London empfangen worden, noch hat Breitscheid in London den Versuch gemacht, Herriot zu sprechen.

Ausgleichsprobleme.

Paris, 6. August. (Eigener Drahtbericht.) Die Pariser Abendblätter bestätigen, daß außerhalb des Rahmens der Konferenz ein privater Meinungsaustausch zwischen den Ministerpräsidenten Frankreichs und Belgiens und Dr. Stresemann begonnen habe. Es scheine sich in erster Linie um eine Fühlungnahme über die Möglichkeit eines Kompromisses in der Frage der baldigen Räumung des Ruhrgebiets zu handeln. Frankreich scheint im Prinzip dazu bereit zu sein. Die Zugeständnisse, die es dafür von Deutschland verlangt, dürften auf dem Gebiete der bevorstehenden Verhandlungen über einen deutsch-französischen Handelsvertrag liegen. Für die wachsende Bedeutung, die man dieser Frage in den Wirtschafts- und Finanzkreisen Frankreichs beimißt, spricht eine Aeußerung der „Journal Industrielle", daß von dieser Frage die zweite Phase der Londoner Konferenz beherrscht werde. Die Erfolge, die Herriot auf diesem Gebiete mit nach Hause bringe, seien bestimmend für die Verteilung der diplomatischen Leistungen. Auch die „Information" beschäftigte sich am Mittwoch mit dieser Frage. Sie erinnert daran, daß am 10. Januar 1925 das zugunsten Frankreichs im Frieden vertrage einseitig festgelegte Meistbegünstigungsrecht erlöscht, nachdem die französische Regierung die Frist für den beim Völkerbund gestellten Antrag auf Verlängerung ungenutzt habe verstreichen lassen. Die deutsche Delegation habe dadurch einen sehr wichtigen Trumpf in der Hand.

London, 6. August. (Eigener Drahtbericht.) Nach dem „Daily Telegraph" hat die deutsche Delegation in London eine Reihe von wirtschaftlichen Konzessionen für die beschleunigte Räumung der neubesetzten Gebiete im Westen erwogen. Man sei jedoch nicht sicher, ob sie Frankreich genügen würden. Die Zeitung meint, daß ein Entgegenkommen Englands in der Frage der interalliierten Schulden, ein englisches Versprechen des teilweisen oder gänzlichen Erlasses der französischen Kriegsschulden eine deutsch-französische Verständigung über die Räumung des Ruhrgebietes erleichtern und beschleunigen würde, vollen Trumpf in der Hand.

Polnische Rechte gegen polnische Regierung.

In den Beziehungen der polnischen Rechten zum Kabinett Grabski ist in der letzten Zeit eine Abkühlung eingetreten, vor allem wegen der Person des neuen Außenministers. Anläßlich seiner Ernennung des Grafen Skrzynski, die von der Linken begrüßt wurde, hat die nationaldemokratische Sejmfraktion jetzt die Erklärung abgegeben, daß sie fortan jegliche Verantwortung für die Politik des Kabinetts ablehnen müsse. Ein anderes Trennungsmoment scheint in der Frage der Arbeitszeit zu liegen. Entgegen den in der Rechtspresse erhobenen Forderungen, nach dem Vorbilde Ostoberschlesiens in ganz Polen eine Verlängerung der Arbeitszeit durchzuführen, erklärte Minister-Präsident Grabski in einem Interview mit einem Mitarbeiter der „Gazeta Warszawska", daß er eine solche Maßnahme als wirtschaftlich unbegründet erachte und an dem Achtstundentag festzuhalten gedenke. Die Rechte, die bisher die Hauptstütze des jetzigen Fachministerkabinetts gewesen ist, läßt die Absicht durchblicken, im kommenden Herbst einen Vorstoß gegen die Zusammensetzung der Regierung zu unternehmen.

Kleine Auslands-Nachrichten.

Schlechtere Aussichten für La Follette. Im amerikanischen Präsidentenwahlkampf haben sich die Aussichten für La Follette und seine dritte „fortschrittliche" Partei verschlechtert. Die seit kurzem eingetretene Getreidehausse hat das Interesse der Farmer, die zu Tausenden auf der Seite La Follettes standen, wesentlich gemindert. Dazu kommt die durchaus schwache Unterstützung durch die deutschen Blätter, die sich bei der angeblichen Undurchsichtigkeit der inneren Lage nicht einseitig entscheiden wollen. Ferner zeigt es sich, daß diese dritte Partei infolge einer fast völlig mangelnden Organisation vor den größten technischen Schwierigkeiten bei der Wahl selbst steht. Da sie keine offiziell anerkannte Partei ist, sondern nur eine persönlich zusammengehaltene Masse Unzufriedener darstellt, kommt sie nicht von selbst auf die Wahlliste, sondern erhält dieses Recht erst durch eine besondere Petition, die in jedem der 48 Staaten der Union von durchschnittlich 12 000 Personen namentlich unterstützt werden muß. Natürlich bedeuten auch die hierdurch entstehenden finanziellen Kosten — das Wahlkomitee schätzt 3 Millionen Dollar! — ein großes Hindernis. Zu allem tritt noch hinzu, daß die überaus einflußreichen Geschäftsinteressen der Großen von einem Siege La Follettes eine unruhige Entwicklung der Wirtschaft befürchten. — Alles in allem ist kaum zu erwarten, daß die neue Partei lange bestehen bleibt. Ihr Zerfall wird der sozialistischen Arbeiterpartei die Wege ebnen.

Der Vollzugsausschuß der Arbeiterpartei hat in einer Sitzung in Atlantic-City beschlossen, diesmal keinen aussichtslosen eigenen Kandidaten für die Präsidentschaftswahlen aufzustellen, sondern den Mitgliedern der Partei zu empfehlen, für La Follette zu stimmen. Die Unterstützung der Progressisten durch die Arbeiterpartei wird allerdings keinen offiziellen Charakter tragen.

Englische Freistellen für deutsche Studierende. Auf der Reichskonferenz der britischen Studierenden, in der die offiziellen Vertreter der Studenten der Universitäten Australien, Kanada, Indien, Irland, Neu-Seeland und Südafrika teilnahmen, wurde eine Entschließung angenommen, in der die Ansicht zum Ausdruck gebracht wurde, daß jetzt die Zeit gekommen sei, wo Deutschland an der Einrichtung der Rhodes-Freistellen wieder teilnehmen soll und die Angelegenheit mit möglichster Beschleunigung erwogen werden müsse.

Albert Reinkings Höhenflug.

Roman von Emil Felden.

21) (Nachdruck verboten.)

Ich stand auf. „Vielleicht werde ich auch noch einmal rechtgläubig", sagte ich spöttelnd. „Wir wollen hoffen und nicht verzagen. Sie sind's ja auch geworden, obwohl uns jungen Studenten die Haare zu Berge standen, wenn wir Sie reden hörten."

Er lächelte milde ud sagte mit frommem Augenaufschlage: „Ja, des Herrn Wege sind wunderbar. Die Arbeit in der Gemeinde hat mich von Jahr zu Jahr mehr zum rechten Glauben geführt. Hoffen wir dasselbe für Sie. — Wenn Sie einmal in irgendeiner Angelegenheit eines Rates bedürfen, so kommen Sie getrost zu mir. Mein Herz und mein Haus steht Ihnen zu jeder Zeit offen, mein lieber Herr Kollege." — Dabei hat er mich nicht einmal mit seiner Frau bekannt gemacht. Sie sei beschäftigt, entschuldigte er sie, als ich sie begrüßen wollte. — Nachher habe ich mich über mich selbst geärgert. Wie habe ich spöttisch werden können? Und wozu! Vielleicht meint er es wirklich ehrlich.

Pfui, wie darf ich daran zweifeln! Albert Reinking — du hast dir eine Niederlage vor dir selbst geholt!

Noch förmlicher ging's bei Pfarrer Meißner in Flaggenburg zu. Er ist ein Mann in besten Jahren und in seiner Gemeinde „sehr beliebt". Ich traf ihn in dichten Tabakwolken vor einem aus einer Zeitung herausgeschnittenen Roman sitzend, während im Nebenzimmer Kinder sangen, trommelten, schrien. Seine Frau rannte mit Windeln und Milchflasche durch's Haus wie ein gehetztes Tier. Unsere Unterhaltung war alltäglich.

Warum keiner von den Erfahrungen seines Amtes spricht? Davon möchte ich vieles erfahren. Aber sowie ich davon anfange, sind sie zugeknöpft.

So auch Herr Pfarrer Freese, den ich zuletzt besuchte. Er ist der Hagere, der mir bei der Einführung den Rat gab, recht viel Wasser in den feurigen Wein meiner Grundsätze zu gießen. Ich kam darauf zurück und fragte ihn, wie dies gemeint gewesen sei. Er lächelte trüb vor sich hin. Das werde mir die Erfahrung bald zeigen. Lehren und lernen könne man das nicht. Wer hoch fliege, der falle tief. Er habe auch diese Erfahrungen machen müssen. Nun beschäftigt er sich nur noch mit Hebräisch und Arabisch; und mit dem Aethiopischen wolle er demnächst beginnen. Er macht einen müden Eindruck, wie ein Mensch, der mit allem fertig ist. — Ich hörte, daß er zu den „unbeliebten" Pfarrern zählt. Warum er unbeliebt ist, konnte mir niemand sagen. Er ist's eben.

„Wer hoch fliegt, der fällt tief." Trotzdem will ich nicht an der Erde entlang kriechen, sondern den Höhenflug nehmen. Auf die Gefahr hin — in die Tiefe zu stürzen.

4. November.

Ich habe Magdalena wiedergesehen.

Meine Liebe ist noch nicht tot. Nein, noch nicht.

Ich mußte Kampmann sprechen. Der Pfarrländereien wegen. Mein Herz klopfte stürmisch als ich ins Haus trat. Ruhig Herz, deine Liebe muß ja sterben! — Im Wohnzimmer saß sie mit der Mutter am Tisch und nähte Linnen. An ihrer Aussteuer, sicher. Sie begrüßte mich freundlich, stand aber sogleich auf und ging hinaus.

Sie kann an ihrer Aussteuer nähen, ohne den Faden mit ihren Tränen zu netzen? Sie kann das Zimmer verlassen, wenn ich eintrete?

Liebe — hast du nun gesehen, daß du sterben mußt? Das, was allein dich zu retten vermöchte: ein Strahl der Liebe aus ihrem Auge — er wird dir nicht zuteil!

6. November.

Ich mache tagtäglich Gemeindebesuche. Oben auf dem Berge habe ich begonnen, bei Nr. 1, dem Hause, das wie ein Wächter einsam steht und weit in die Lande hineingrüßt. Der Schweine- und Gänsehirt wohnt darin. Sechs schmutzige Kinder triefen, laufen, rennen in der engen Stube herum, in der auch eine kranke Ziege untergebracht ist. Außer Hund und Katze. Eine entsetzliche Luft benahm mir den Atem. Trotzdem wollte die Frau, ein verblühtes, abgearbeitetes Weiben, die Fenster nicht öffnen: die Kinder könnten sich erkälten. Dabei laufen sie halbnackt auf der Straße herum, wenn sie dem Vater die Tiere ins Dorf treiben helfen . . .

In Nr. 2 wohnt ein Tagelöhner. Der scheint auch kein leichtes Brot zu essen. —

Ich gebe mir alle Mühe, meine Gemeindeglieder kennenzulernen, ihre Schicksale, ihre Gedanken, ihre Seelen zu ergründen. Wie bin ich sonst im stande, unter ihnen zu wirken und ihnen das zu sein, was ich sein will: Ein Berater, ein Tröster, ein Helfer und Wegweiser, so gut ich es bei meiner Jugend und meinen schwachen Kräften sein kann? Doch so sehr ich mir auch Mühe gebe, über ihr Inneres erfahre ich nur auf Umwegen etwas, wenn wir über kranke Schweine und trächtige Kühe, die neue Dunggrubenanlage und die Federfresserei der Hühner, über die Schicksale der Kinder und die Kirche sprechen.

Die Freude des Tagelöhners über meinen Besuch war fast so groß wie die des Schweinehirten. Das sei recht, daß ich die „kleinen Leute" nicht hintenansetze oder gar übergehe, wie mein Vorgänger. Ja, so müßte ein rechter Pfarrer sein: Pfarrer für alle, auch für die „Kleinen".

Als ob dies nicht selbstverständlich wäre!

8. November.

„Bei uns gibt's keine armen Leute: wer arbeiten will, findet immer guten Verdienst." So belehren mich tagtäglich die Bauern, Stolz, selbstbewußt, daß die soziale Frage bei ihnen gelöst sei.

Die Wirklichkeit sieht leider anders aus. Das ist mir wieder klar geworden, als am Nachmittage die Margret, die Witwe eines protestantischen Taglöhners und einzige Katholikin im Dorf, ins Pfarrhaus kam und mich bat, doch einmal nach Müllers Anna zu schauen. Diese, seit vier Jahren Witwe mit drei Kindern, habe lange Zeit auf dem Hofe des Großbauern Diethe gearbeitet; als es herausgekommen sei, daß sie ein Kind vom Hofsohn erwarte, sei sie vom Alten rücksichtslos auf die Straße gesetzt worden. Vor drei Tagen sei die Niederkunft erfolgt; die größte Not sei damit eingekehrt. Niemand helfe; der Bürgermeister habe erklärt: „Die Liederlichkeit dürfe man nicht unterstützen . . ." Ob ich denn nicht ein wenig helfen wolle?

Ich bin sofort hingegangen. Welche Wohnung! Einem reichen Bauern gehört die halb verfallene Hütte; es sieht ziemlich sauber darin aus, soweit der Lehmboden überhaupt sauber gehalten werden kann. Als ich eintrat, erhob sich neben dem Herd ein halbidiotisches Frauenzimmer, das sich faullenzend und bettelnd in den Dörfern herumtreibt, die sogenannte „Betteljule"; sie schlich wie ein geprügelter Hund hinaus.

Bei Anna Müller herrschte tatsächlich große Not. Margret hat bisher ausgeholfen, aber sie besitzt selber nichts als fünf hungrige Kinder. Das schlimmste ist: die Müller liegt in heftigem Fieber. Ich habe die Margret zur Hebamme geschickt, sie möge sofort kommen; ich selbst habe aus dem Pfarrhaus einiges geholt.

Als ich wiederkam, saß die Hebamme — ein dickes, plumpes Frauenzimmer — am Bett. Da sei nichts zu machen, erklärte sie, das Fieber müsse sich eben austoben. — Ich bin zwar nicht Mediziner, aber soviel weiß ich doch, daß Fieber nicht sein darf. Ich sagte es der Hebamme, und daß ich den Arzt hertelephonieren wolle — er wohnt im Stationsort. Darauf bequemte sie sich brummend dazu, einige Anordnungen zu geben, und verabschiedete sich.

(Fortsetzung folgt.)

Wo bleibt die Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung?

Der Reichstagsbeschluß auf Erhöhung der Erwerbslosenunterstützungssätze ab 1. August ist zum großen Befremden, obwohl der Reichsfinanzminister und auch der Reichsarbeitsminister zu dem Beschlusse zustimmende Erklärungen abgegeben haben, bis heute noch nicht durchgeführt. Die Reichsregierung hat noch nicht einmal die erhöhten Unterstützungssätze für Erwerbslose bekanntgegeben. Angesichts der ungeheuren Not, die auf den Erwerbslosen lastet, ist dieses Versäumnis vollkommen unentschuldbar. Auch die Lage der Kurzarbeiter ist verzweifelt. Nun soll, um den Kurzarbeitern zu helfen, von den Beiträgen zur Arbeitslosenversicherung der zehnte Teil für die Unterstützung der Kurzarbeiter gezahlt werden. Es ist überflüssig, zu sagen, daß damit eine wirksame Hilfeleistung überhaupt nicht zu schaffen ist. Selbst das sonst so zahme Blatt Stegerwalds nennt dieses Verhalten der Reichsregierung „ein sträfliches Spiel mit der Not des Volkes". Als vor mehr als einem halben Jahre die Unternehmerverbände bei der Reichsregierung vorstellig wurden, um zu verhindern, daß die Löhne der Reichsarbeiter und -Angestellten höher festgesetzt werden wie die in der Industrie üblichen, hat das Reichsfinanzministerium ohne Verzögerung dem Reichsarbeitsminister nahegelegt, auch auf die Schlichtungsstellen einzuwirken, damit die Schiedssprüche billige Löhne festsetzen. Jetzt, wo auf Grund eines Beschlusses des Reichstages schnellstens die Unterstützungssätze für die ärmsten Opfer der Wirtschaftskrise erhöht werden sollen, arbeitet der amtliche Apparat im Schneckentempo.

Die Spekulation in entwerteten deutschen Anleihen.

Zu der Spekulation in deutschen Staatsanleihen, die augenblicklich zur Abwechslung in Neuyork grassiert, erklärt die Regierung, daß weder das Reich noch Preußen Käufe in Anleihen vorgenommen haben. Entgegengesetzte Behauptungen seien nichts als Börsenmanöver. Trotz dieses kategorischen Dementis geht der Anleiherummel weiter, wahrscheinlich mit dem Erfolg, daß die jetzigen Käufer (nicht die Inflationsopfer!) in ein paar Wochen einen Aufwertungerummel inszenieren, um dem Staat die Kosten einer unsinnigen Spekulation aufzuhalsen.

Aus dem Reiche.

Verfassungstag ist bei den Behörden dienstfrei. Das Reichsverkehrsministerium hat unter dem 4. August folgenden Erlaß an die Zweigstellen und Direktionen der Reichsbahn herausgegeben: Zur Teilnahme an den staatlichen Feiern und zur Teilnahme am Gottesdienst am Verfassungstage, 11. August 1921, ist Beamten, Angestellten und Arbeitern auf Antrag, soweit die dienstlichen Verhältnisse es irgend gestatten, Dienstbefreiung unter Fortzahlung der Bezüge zu gewähren.

Auch der preußische Innenminister weist in einer Verfügung an die ihm unterstellten Behörden darauf hin, daß den staatlichen Angestellten und Arbeitern, soweit sie am Verfassungstage nicht durch dringende dienstliche Obliegenheiten verhindert sind, zur Teilnahme an den staatlichen Feiern des 11. August Dienstbefreiung mit Fortzahlung des Lohnes zu gewähren ist.

Das verfassungsfeindliche Bayern. Die Vorstände aller derjenigen Münchener Organisationen, die Wert darauf legen, daß der Verfassungstag in ganz Deutschland würdig gefeiert werde, hatten beim Polizeipräsidenten die Genehmigung zur Veranstaltung einer großen Verfassungsfeier auf dem Konigsplatze beantragt und ausdrücklich betont, daß es sich nicht um eine Parteisache, sondern um eine Kundgebung für die Reichseinheit und für die demokratische Verfassung des Deutschen Reiches handle. Der Münchener Polizeipräsident hat geantwortet, daß Kundgebungen unter freiem Himmel verboten. Ausnahmen nicht vorgesehen seien und er daher die Genehmigung nicht erteilen könne. Dieser Bescheid ist ein Ausfluß der „Reichstreue" der bayrischen Regierung, die jede offizielle Verfassungsfeier trotz Ersuchens der Reichsregierung unterläßt und darüber hinaus auch private Verfassungsfeiern nach Möglichkeit eindruckslos zu machen sucht.

Vorpommern und die Verständigung mit Frankreich. Am Montag Abend fand in Greifswald eine Massenkundgebung gegen den Krieg statt, die von den Gewerkschaftskartellen und der Ortsgruppe des Internationalen Bundes der Kriegsopfer einberufen worden war. Der französische Schriftsteller Henry Barbusse war als Redner angekündigt. Die tagelange Hetze der nationalistischen Zeitungen und der Rechtsparteien hatten es bewirkt, daß das Versammlungslokal, die Stadthalle, zunächst durch ein großes Polizeiaufgebot versperrt war. Der Pächter der Stadthalle hatte sich durch die Boykottandrohungen der Nationalisten einschüchtern lassen und verweigerte den vor dem Lokal harrenden Massen den Zutritt. Durch Einschreiten einiger Stadtverordneten gelang es aber, den Saal freizubekommen. Verständigerweise hatte die Polizei im Saale eine Durchsuchung nach Waffen vornehmen lassen, die dann eine Menge Gummiknüppel und andere Schlaginstrumente ans Licht beförderte. Die Versammlung mußte bald wegen Ueberfüllung abgesperrt werden. Als dann an Stelle des erkrankten Barbusse der französische Deputierte Jean Gauthier das Rednerpult betrat, sangen die nationalistischen Hakenkreuzjünglinge zu gröhlen an und versuchten, auch das Lied „Siegreich woll'n wir Frankreich schlagen", zu singen. In wenigen Minuten wurde die brüllende Horde aber an die frische Luft gesetzt. Dann konnte die Kundgebung ruhig zu Ende geführt werden.

Dozent Dr. Gumbel suspendiert. Dr. Gumbel, der Heidelberger Universitätsdozent und unermüdliche Kämpfer gegen den Mord hatte in einer „Nie wieder Krieg"-Versammlung in einer längeren Rede über die Schändlichkeit des Krieges und die Unantastbarkeit der einzelnen tapferen Soldaten gesprochen, dabei in Zweifel gezogen, ob man von einem „Feld der Ehre" sprechen könne. Völkische Studenten versuchten erfolglos die Versammlung zu sprengen. Erfolgreicher gingen sie an der Universität selbst vor. In einer Studentenversammlung setzten sie den Beschluß durch, Dr. Gumbels Entfernung von seinem Lehramt zu verlangen. Daraufhin leitete die philosophische Fakultät, ohne Dr. Gumbel gehört zu haben, sofort ein Disziplinarverfahren gegen ihn ein wegen „Pflichtverletzung". Schon am nächsten Tage untersagte der badische Unterrichtsminister Dr. Gumbel die weitere Ausübung seiner Lehrtätigkeit, duldet aber zu gleicher Zeit die extremsten und gehässigsten Angriffe rechtsstehender Professoren derselben Universität gegen die Republik.

Gumbel hat inzwischen einen Brief an den Senat der Universität Heidelberg geschrieben, in dem er den von ihm gewählten unrichtigen Ausdruck als ein Produkt des Augenblicks bezeichnet, er habe nicht die Gefühle jener verletzen wollen, die den Krieg bejahen. Er bedauerte den Ausdruck. Minister Hellpach erklärte daraufhin, daß auf Grund dieser Erklärung Gumbels das Unterrichtsministerium seine Anordnung, die Gumbel seiner Lehrtätigkeit enthob, aufgehoben habe. Das Verfahren gegen Gumbel nehme aber seinen weiteren Fortgang.

Ein Herr Schellen aus Dresden, der sich voreilig um den noch gar nicht erledigten Posten Scheidemanns als Oberbürgermeister von Kassel bewarb und sich dabei als „Preußischer Geschäftsträger" in Dresden bezeichnete, ist, wie wir erfahren, schon seit dem 1. April nicht mehr Preußischer Geschäftsträger, da die Stelle aufgelöst und ihr Inhaber abgebaut ist. Er hat also den Briefkopf seiner Amtsstelle nachträglich zu Unrecht gebraucht.

Völkische Verleumder. Der Führer des Hallenser „Stahlhelm", Oberstleutnant Düsterberg, hat vor einiger Zeit die wüstesten Angriffe gegen den sozialdemokratischen Abgeordneten Sollmann gerichtet, der im November 1918 Mitglied des Kölner Soldatenrates war. In dem Düsterbergschen Artikel hieß es, der Kölner Soldatenrat habe die Absicht gehabt, dem Frontheer jegliche Zufuhr von Lebensmitteln über den Rhein zu sperren. Einer Berichtigung Sollmanns zum Trotz erneuerte Düsterberg seine Angriffe.

Nunmehr veröffentlicht das hiesige sozialdemokratische Organ einen Brief des Abgeordneten, in dem er die Anwürfe Düsterbergs scharf zurückweist. In der Erklärung Sollmanns heißt es: „Auf Grund der Behauptung, daß der Soldatenrat Kölns gefunkt haben „soll", dem Frontheer jede Zufuhr von Munition und Lebensmitteln über den Rhein zu sperren, nenne ich hiermit diesen Düsterberg öffentlich einen gemeinen Ehrabschneider und ehrlosen Verleumder. Ich würde mich freuen, wenn er mir Gelegenheit geben würde, die Berechtigung dieser Charakteristik an Gerichtsstelle zu beweisen. Selbstverständlich würde ich alles tun, um durch Aufhebung meiner Immunität als Abgeordneter den Prozeß zu beschleunigen. Die Leistungen des Kölner Soldatenrates sind von militärischen und zivilen Behörden, vor allem aber von Offizieren des großen Hauptquartiers, anerkannt worden, daß dieser Düsterberg sein blaues Wunder erleben wird, wenn ich ihm seine Kameraden als Zeugen gegenüberstellen werde. Es gibt ja glücklicherweise viele Offiziere mit höherem Ehrgefühl, die nicht mit einem Burschen von der lügnerischen Größe dieses Düsterberg verwechselt werden können.

Ich erwarte Ihre Klage, Herr Düsterberg!"

Die gestellten Verleumder.

Der Wahlgeldschwindel der „Roten Fahne".

Herr Dörr, der verantwortliche Redakteur der „Roten Fahne", hat bekanntlich an den Rechtsbeistand des Genossen Wels einen Brief geschrieben mit der Bitte, die Klage wegen der schamlosen Verleumdung durch den Wahlgeldschwindel der KPD. zurückzuziehen und einen seiner Kollegen dafür zur Verantwortung zu ziehen. Er äußerte sich skeptisch über die Möglichkeit eines Wahrheitsbeweises, er bot sogar eine Erklärung in der „Roten Fahne" an.

Die ertappten Lügner in der „Roten Fahne" haben nun Dörr — wahrscheinlich durch das beliebte Mittel der Ausschlußdrohung und Brotlosmachung — zu der mutigen Erklärung gezwungen, daß er bereit sei:

„die volle preßgesetzliche Verantwortung für alle jene Artikel der „Roten Fahne", die während meiner Anwesenheit in der Redaktion erschienen sind und die sich mit der Korruption der SPD.-Führer befassen, zu übernehmen, bei jeder daraufhin angestrengten Klage die „Rote Fahne" vor Gericht zu vertreten."

Man sieht, Dörr ist zu einer generellen Erklärung gezwungen worden, die agitatorisch ausgenutzt werden soll, um den Eindruck des Zusammenbruchs des Schwindels bei den Arbeitern zu bekämpfen. Es handelt sich gar nicht um „alle jene Artikel, die sich mit der Korruption und Käuflichkeit der SPD.-Führer befassen". Der allgemeine und unsubstanziierte Anwurf der Käuflichkeit, der von dem charakterlosen Gesindel der KPD.-Führung gemacht wird, läßt jeden Sozialdemokraten kalt. Die spezielle Verleumdung, die neben gemeinem Geschimpfe falsche Tatsachen behauptet, muß festgestellt werden.

Herr Dörr soll also vor Gericht beweisen, daß die SPD. von der Regierung 75 Millionen Rentenmark Wahlgelder erhalten hat. Davor kneift er, mit ihm die „Rote Fahne". Denn Dörr redet sich darauf hinaus, daß der unter Anklage stehende Artikel in seiner Abwesenheit in der „Roten Fahne" erschienen sei. Er ist also nicht bereit, die Verantwortung dafür zu übernehmen, er ist nicht bereit, den Wahrheitsbeweis vor Gericht zu führen — denn er kann es nicht, weil es sich um eine schmutzige, mit voller Absicht erfundene Lüge und Verleumdung handelt.

Diese generelle Erklärung Dörrs ist also das vollendete Eingeständnis des gemeinen Schwindels. Daß das saubere Organ der KPD. um so lauter über „Korruption und Käuflichkeit der SPD." schreit, ist bei solchem Zusammenbruch begreiflich. Nicht bereit, sich zu verantworten und den Versuch eines Wahrheitsbeweises zu unternehmen, lügt es nun weiter, Genosse Wels hätte monatelang nicht gewagt, den Prozeß in Szene zu setzen. Am 3. Mai erschien zuerst die Lügennachricht der Kommunisten, am 7. Mai wurden Schritte zur Verfolgung der Verleumdung eingeleitet, am 14. Mai erfolgte die Strafanzeige.

Der Wahlgeldschwindel der „Roten Fahne" ist entlarvt und zusammengebrochen. Vor dem gerichtlichen Austrag möchten sie sich drücken — Feigheit ist immer das Merkmal des Verleumders. Im übrigen wird auch dieser Leistung jeder Sozialdemokrat jedem der Burschen, die solche Verleumdungen wieder zu vertreiben wagen, fest aufs Maul schlagen — die jämmerliche Haltung der entlarvten Verleumder bietet das geeignete Material dazu.

Erhältlich im Buch- und Schreibwarenhandel, ferner in jeder Auto- und Fahrradhandlung.
Herausgeber: Continental-Caoutchouc- und Gutta-Percha-Co., Hannover.

Aus aller Welt.

Deutschvölkische Hunde.

Es gibt einen Verein für Deutsche Schäferhunde. In seinem Verlag ist, im Umfang von 777 Seiten, ein gigantisches Werk, „Der Deutsche Schäferhund in Wort und Bild", erschienen, verfaßt von Rittmeister Stephanitz. Wie wird darin der Schäferhund charakterisiert?

„Unser Schäferhund ist ein echter Deutscher. Ueberkultur, schon zu lebhafte Berührung mit der neuzeitlichen, nicht mehr rein arisch-völkischen, sondern von weltbürgerlich-semitischen Einflüssen beherrschten Kultur schadet auch ihm."

Leider muß in diese Begeisterung für den Deutschvölkischen Hund ein Tropfen Wermuth gegossen werden. Wie gerade die am teutschesten sich gebärdenden Teutschen von jüdischen Einflüssen, Verwandtschaften, Müttern, Großmüttern, Frauen, nicht immer frei sind, so hat auch der Deutschvölkische Schäferhund — verhülle dein Haupt, arischer Besitzer eines arischen Hundes — einen jüdischen Ahn! Sein Stammbaum geht auf den canis sam. matris optimae zurück, der, seinem Entdecker zu Ehren (wie's in der Wissenschaft so üblich) den Beinamen — Jeiteles führt. Was ein deutschvölkischer Hund ist und das erfährt, der wird sich wohl, so meint „Lachen links", mit einem Sprung in einen Tümpel ins bessere Walhall hinüberretten.

Zwei Jahre taubstumm.

Zwei Jahre lang hatte der Arbeiter Schneider den Taubstummen gespielt. Seitdem er nämlich im Zuchthaus zu Brandenburg saß, um eine siebenjährige Strafe zu verbüßen. Alle Mittel, den Häftling zum Sprechen zu bringen, versagten. Der Arzt des Zuchthauses konnte nicht entscheiden, ob es sich um Simulation oder einen Hysterieanfall handelte. Dieser Tage war Schneider aus dem Zuchthaus dem Schöffengericht Schöneberg vorgeführt worden, um sich, zusammen mit den Arbeitern Groß und Nieschalk, wegen eines im Juli 1922 verübten Einbruchsdiebstahls zu verantworten. Auch vor Gericht suchte er sich durch die Gebärdensprache und durch Niederschriften verständlich zu machen. Auf Zureden des Vorsitzenden schrieb Schneider schließlich auf einen Zettel, daß er sprechen könne und werde, wenn man ihn ruhig anzuhören versprähe. Nachdem ihm diese Zusicherung gegeben war, sprach er mit einem Male in lauter und klarer Stimme in fließender Rede. Den Einbruch bei einem Diplomingenieur in der Wartburgstraße schob er auf die beiden Mitangeklagten. Die beiden anderen Angeklagten bestritten alles. Das Gericht nahm an, daß Schneider an dem Einbruch beteiligt war und verurteilte ihn ebenso wie Groß zu 2½ Jahren Zuchthaus. Nieschalk, der ein schwerer Psychopath und minderwertiger Mensch ist, erhielt 1 Jahr Gefängnis.

„Volksreisebund."

Unter diesem Namen erscheint eine neue Monatsschrift mit vielen Abbildungen, welche als Ratgeber und Wegweiser für Reiselustige dienen will. Das Blatt wird vom Volksreisebund E. V., Berlin W. 35, Karlsbad 4, herausgegeben und ist am besten durch Bestellung beim Briefträger oder bei der nächsten Postanstalt zu beziehen. Das vorliegende Auszugsheft enthält eine ausführliche Darstellung der Ziele des Volksreisebundes, sowie Pläne und Winke für Urlaubs- und Vergnügungsreisen aller Art. Den leitenden Körperschaften des Bundes gehören bekannte Persönlichkeiten aus allen Lagern an. Seine Einrichtungen sollen besonders den minderbemittelten Schichten ermöglichen, trotz der schwierigen Zeitumstände ihren Erholungsurlaub anderwärts zu verbringen.

Eisenbahnunglück in Warschau.

Bei der Einfahrt im Ostbahnhof in Warschau hat sich ein Zusammenstoß eines Personenzuges mit einer Rangierlokomotive ereignet. Einige Personen wurden verwundet. Ein Lokomotivführer ist bereits gestorben.

Deutsche Studienreisen nach Bulgarien.

Auf Einladung des Bulgarischen Studenten-Bundes in Deutschland treten heute Studierende der Berliner Handelshochschulen unter Führung des Geh. Reg.-Rats Prof. Dr Niklisch eine Reise nach Bulgarien an, die in die wichtigsten Städte und Handelszentren führen und den Teilnehmern einen klaren Ueberblick über die wirtschaftlichen Verhältnisse erschließen soll. Zurzeit weilen in Bulgarien über 150 Wandervögel aus Schlesien und über 100 österreichische Studenten zusammen mit ihren Professoren. Die Gäste werden überall freundlich aufgenommen, und in den größeren Städten Bulgariens sind verschiedene Konzerte und andere Festlichkeiten veranstaltet worden.

Der Fürst als Schmuggler.

Der ehemalige Fürst Auersperg wurde in Böhmen verhaftet. Die Prager Blätter teilen mit, daß die Hauptgründe für die Verhaftung des ehemaligen Fürsten darin zu suchen seien, daß Fürst Auersperg in seinem Auto Millionenwerte über die Grenze schmuggeln wollte, und sich betrügerischer Machenschaften auf seinem Großgrundbesitz, namentlich bei der Aufforstung der Wälder, schuldig gemacht habe. Außer Auersperg sind auch sein Chauffeur, sein Kammerdiener und sein Leibjäger in Haft genommen.

Die Rache der Tigerin.

Die mörderische Wut einer Tigerin, die in den an der Bahnstrecke von Assam nach Bengalen gelegenen Wäldern ihr menschenfressendes Wesen treibt und bereits fünf Personen getötet hatte, hat neuerdings weitere Opfer gefordert. Unbeschadet zahlreicher wohlorganisierter Jagdexpeditionen, die von ganzen Kompagnien indischer Regimenter und erprobter Großwildjäger fortgesetzt unternommen wurden, bleibt die Bestie unsichtbar und hält den ganzen Bezirk in panischem Schrecken. Ein Elefantentreiber, im Dienste der Eisenbahngesellschaft, wurde erst kürzlich von dem Rücken des Elefanten herabgerissen und in unmittelbarer Nähe des Bahnhofs Langting von der Tigerin zerrissen. Die Bergungsexpedition, der es gelungen war, die Leiche zu finden, und auf dem Rücken eines Elefanten heimzutransportieren, wurde ebenfalls von der rasenden Tigerin angegriffen. Dabei wurde ein Weichensteller weggeschleppt, dessen Spur nicht mehr gefunden wurde. Drei Tage später bildete sich eine Jagdpartie, der zwölf der besten Schützen des in Assam in Garnison liegenden Schützenregiments angehörten, und begab sich auf die Suche. Das einzige Ergebnis bestand darin, daß ein Streckenarbeiter, der den Jägern bei der Suche als Führer diente, angefallen wurde. Glücklicherweise konnte man den Mann noch retten und schwerverletzt ins Krankenhaus bringen. Die Eisenbahngesellschaft hat neben der von der Regierung bereits ausgesetzten Belohnung einen weiteren Preis auf den Kopf der Bestie ausgesetzt. Aber alles ist bisher vergeblich gewesen, und man will es jetzt als letztes Mittel damit versuchen, die Leiche des nächsten von der Bestie Getöteten zu vergiften, um dadurch den Tiger zur Strecke zu bringen. Zwei Jäger, die in Abwesenheit der Tigermutter deren Junge geraubt hatten, sollen Schuld daran sein, daß die Bestie in toller Wut jetzt jeden Menschen anfällt.

Jahrhunderthalle
abends 8 Uhr:
Schles. Oberammergauer
Passions-Spiele
Näheres siehe Anschlagsäulen

Lobe-Theater.
Intendant: Paul Barnay.
Tel. R. 6774 u. P. 1750
Sonnabend, abends 8 Uhr
Wiedereröffnung!
Mister Pim will nicht stören
Lustspiel von Milne

Sie lachen
sich gesund im
Thalia-Theater
über
Stössel
in
Vertagte Nacht!
Anfang 8 Uhr.
Telefon Ring 6770
Sonnabend
Zum **50.** Male

Schauspielhaus
Operettenbühne
Tel. Ring 2545.
Täglich 8 Uhr:
Gesamt-Gastspiel
des
Wiener Ronacher-Theaters:
WIEN GIB ACHT!
Große Ausstattungs-Revue in 11 Bildern.

Nur wenige Tage! — Nur wenige Tage!

KSV VORWÄRTS

Sonder-Angebot

Um unser gewaltiges Lager in Strickwaren sowie Damen-Konfektion zu räumen, bieten wir weit unter Tagespreis an:

Ein großer Posten *Überziehjäckchen*	5.25
Ein großer Posten *Sportwesten*, reine Wolle 9.50	6.95
Ein großer Posten *Strickjacken* . . 12.00	7.50
Ein großer Posten *Kunstseidene Jumper* 9.00	5.75
Ein großer Posten *Kinder-Strickjacken* . . von	7.00 an
Ein großer Posten *Röcke* . . . . . von	2.25 an
Ein großer Posten *Sommer-Damen-Mantel, Ia Noppen oder Covercoat* 14.50	12.00
Ein großer Posten *Kostüme, Ia Noppen oder Cheviot* 25.00	21.00
Ein Restposten *Kinder-Kleidchen*, 45 lang .	2.75
Ein großer Posten *Windjacken*, Ia Zeltbahn, garant. wasserdicht	13.75
Fahnen in den Reichsfarben, 2 m lang 2.90, 1 m lang 1.60, 80 cm lg.	1.10

Konfektions-Abteilung

Konsum- und Sparverein

Neumarkt 12 **„Vorwärts“** Neumarkt 12

7652

TSV
TURNEN SPORT WANDERN
Ausstellung Breslau 13.7.–20.8.24.
Ausstellungspark Scheitnig.
Geöffnet täglich von 10 Uhr vorm. bis 7 Uhr abends.
Eintrittspreis 50 Pf., Kinder die Hälfte.

Schlesisches Landesorchester.
Heute Donnerstag, abends 7½ Uhr: 7652
Südpark-Konzert.
Symphonie B-dur Gade. — Leitung: Mundry.

Hauptschankwirtschaft an der Jahrhunderthalle.
Heute Donnerstag Anfang 7½ Uhr: 7652
3. Konzert des Stadttheater-Orchesters
Leitung: Kapellmeister Oskar Preuß.

Gebirgsbaude
Sportausstellung Scheitnig.
Täglich: 7622
Baudenmusik
Dienstag, Donnerstag und Sonntag:
Baudentanz

Viktoria-Theater
Neue Taschenstraße.
Direktion: G. Büttner
Monat August
Täglich 8 Uhr:
Personen unter 18 Jahren **keinen Zutritt!**
Gastspiel 7670
Elfriede Mertens
Jou-Jou
die vergnügte Scheintote
Der pikante Schwank in 3 Akten.

Luna-Park Heute Donnerstag: **verkehrter Ball.**
Großes Hindernis- und Geschicklichkeitsturnen mit Prämiierung.
Große Attraktionen im Vergnügungspark.
Morgen Freitag:
Gr. Brillant-Feuerwerk u. Gartenkonzert.
Sonntag, den 10. August: **Internation. Ringkämpfe** (Herausforderungskampf):
Fritz Loewe Meisterringer von Mitteldeutschland gegen **Carl Salt** Weltmeister von 1912
und andere berühmte Ringer.
4350

Lachen links!
Das Witzblatt der Republik
Heft 25 Pfennige.
Zu beziehen durch die Buchhandlung „Volkswacht“ und die Zeitungsträgerinnen.

7000
Nummern der Reclam'schen Universal-Bibliothek
stehen als beste Reserve jederzeit billig zum Verkauf.
Preis jeder Nummer:
kartoniert 15 Pf., gebunden 20 Pf.
Volkswacht-Buchhandlung
Breslau III, Neue Graupenstraße 5.

Druckerei Volkswacht
fertigt moderne Drucksachen
Breslau 2 Flurstraße 4.6

Fahrradgummi
Damen- und Herren-Räder billig Freiburger Straße 16, Ecke Graupenstr. Fahrradhdl.

Liebich-Theater
Operetten-Saison
Täglich 8 Uhr:
Der große Schlager von Walter Kolle:
Die
Frau ohne Kuß
mit
Molly Wessely, Fritz Spira, Olaf Bach, Fritz Beckmann
Kraft-Lustspiel.
7669

Für Klischees
und Matrizen, die innerhalb 14 Tagen nach Ablauf des Auftrages nicht abgeholt, kann eine Gewähr für Aufbewahrung nicht übernommen werden.
Verlag der Volkswacht

Nähmaschinen,
Fahrräder preiswert. Teilzahlung. Georg Greulich, nur Hummerei 29 I, Vorderh.

Lebensmittel-Großhandlung
Max Schönfelder
Breslau 1, Albrechtstraße 56.

Aus der Fülle meines reichhaltigen Warenlagers, nenne ich heute folgende zeitgemäß sehr billige Artikel bei nur Ia Qualitäten:

Kaffee, Tee, Kakao

Röstkaffee, meine anerkannt vorzüglichen Mischungen per Pfd. 2,—, 2,40, 2,80, 3,20, 3,60 und 4,— „
Besondere Spezialitäten:
Karlsbader Mischung à la Kaffee Pupp . . . . . per Pfd. 3,60 „
Wiener Mischung . . . . . „ „ 3,20 „
Hausholt-Mischung . . . . . „ „ 2,80 „
Tee, nur ausgesucht erstklassige Zusammenstellungen per Pfd. 3,50, 4,—, 5,—, 6,— und 7,— „
Kakaopulver, sämtliche Sorten garantiert rein und leicht löslich, per Pfd. 0,80, 1,20, 1,40 und 1,80 „

Fettwaren

Margarine von stets frisch eintreffend. Sendung., p. Pfd. 0,58, 0,62 u. 0,68 „
Margarine „Weißer Rabe“, bester Ersatz für Naturbutter, p. Pfd. 0,90 „
Kokosfett in 500 g-Tafeln . . . . . per Pfd. 0,60 „
Rinderfalg . . . . . „ „ 0,60 „

7649

Wurstwaren

Holsteiner Zervelatwurst . . . . . per Pfd. 1,60 Mk.
Holsteiner Fleischwurst . . . . . „ „ 1,60 „
Erstklassige Landleberwurst . . . . . „ „ 1,50 „
Prima Preßwurst . . . . . „ „ 1,— „
Berliner Mettwurst, in Ringen (Kieselaufe) . . . . . „ „ 1,10 „
Bierwurst . . . . . „ „ 1,60 „
Braunschweiger Mettwurst, in kleinen Stücken . . . . „ „ 1,80 „
Teewurst, extra prima Qualität . . . . . „ „ 1,80 „
Lachsschinken, sehr mild und zart . . . . . „ „ 2,40 „
Schinken, gekocht, allerbeste Qualität, fein geschnitten . „ „ 2,40 „

Ferner biete ich als ganz besonders preiswert an:
Ia Kulmbacher Leberwurst von Sauermann . . . ½ kg-Dose 1,35 Mk.
Bohnen mit Speck in Tomatensauce, aus amerik. Heeresbeständen stammend, die Portionsdose nur 0,10 „
Tangermünder Vierfrucht-Marmelade . . der 5 Pfd.-Eimer 2,— „
der 10 Pfd.-Eimer 3,90 „
Aiglöz-Schmelz-Schokolade, solange der Vorrat reicht, in 50 g-Tafeln per Tafel 0,15 Mk., per Originalkarton (40 Tafn.) 5,75 „
in 100 g-Tafeln per 1 10 20 Tafeln
0,30 2,90 5,60 Mk.
Pralinen von ganz vorzügl. Qual., in Kartons von 1 Pfd. netto Inhalt 0,95 „

Seife

Da die Rohmaterialien für Seife bedeutend gestiegen sind, wird bald eine wesentliche Erhöhung für Seife eintreten, und empfehle ich daher von nachstehendem Angebot recht ausgiebigen Gebrauch zu machen:
Reger-Seife, Ia Feinseife . . . . . per 1 Pfd. 0,50 Mk.
per 100 g-Stück 0,16 Mk., per ½ Dutzend Packg. 0,90 „
u. a. m.

Verkauf und Versand nur Albrechtstraße 56.

Ausverkauf!
mache ich zwar nicht, aber **so billig** kaufen Sie bei mir und empfehle meine
Doppel-Edel-Liköre
wie **Allasch, Ingber, Cherry-Brandy, Stonsdorfer, Curaçao.**
Neu eingeführt:
Ei-Creme Advokat ca. 20%
(hergestellt nach einem alten holländischen Rezept, aus frischen Hühnereiern, Zucker und Alkohol ohne jedes Verdickungsmittel), ferner:
Schokoladen-Cocktail ca. 20%
(hergestellt aus Kakao, Eiern, Zucker und Alkohol, ohne jedes Verdickungsmittel)
alles lose v. Faß, ¼ Ltr. nur 80 Pf.
Ferner echt
Weinbrand ganz. Ltr. nur 2.80 M.
Jamaika-Rum-Vorschuß ganzes Liter nur 2.80 M.
Breslauer Branntwein 35% 2.50 M.
Ein Versuch überzeugt Sie von der Güte der Ware. Da lose vom Faß verkauft wird, bitte ich, die Flaschen mitzubringen.
Geöffnet von 7 Uhr früh bis 7 Uhr abends.
David Kochmann
Kolonialwaren und Destillation
Breslau 1, Weidenstraße 25
Telephon: Olila 5034.
7654

Möbel-Ausverkauf!
nur noch ganz kurze Zeit!
Albrechtstrasse 6, II. Etage
Verkaufe zu jedem annehmbaren Preise, um schnell zu räumen:
Stühle von 3 Mk. an, Tische von 18 Mk. an, Vertikos v. 35 Mk. an, Schränke v. 45 Mk. an, Komplette Küchen von 60 Mk. an, Komplette helle Schlafzimmer von 300 Mk. an, Speisezimmer von 250 Mk. an, Einzelne Schreibtische von 60 Mk. an.
Ferner: Nachttische, Waschkommoden m. Spiegel, Entree-Garderoben, Eichene Schlafzimmer etc.
Geöffnet von 8–1 und 3–½7 Uhr.
7656 **S. Osswald.**

Soeben erschien:
Bleibt die Mark stabil?
Von **Dr. Hans Neisser.**
Preis 40 Pf. (Auswärts Porto 5 Pf.)
Volkswacht-Buchhandlung
Breslau III, Neue Graupenstraße 5.

Für die Redaktion verantwortlich: Ernst Zimmer, für die Anzeigen: Max Tockus. — Redaktion: Grünstr. 43. — Hauptexped.: Flurstr. 4. — Druck und Verlag der „Volkswacht“ G. m. b. H., sämtlich in Breslau. Hierzu 1 Beilage.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 7. August.

Sozialdemokratische Partei.

Zum 10. August.

Die Verfassungsfeier verlangt von allen guten Republikanern eine würdige Ausgestaltung. Träger der Veranstaltung in diesem Jahr ist das Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold". Das soll uns als Sozialisten, soweit wir nicht Mitglieder des Reichsbanners sind, aber nicht hindern, trotzdem auf der Bildfläche zu erscheinen, sondern es soll im Gegenteil durch die Beteiligung aller der dem Reichsbanner Fernstehenden — ich denke dabei besonders an die Frauen — gezeigt werden, wie weite Kreise der republikanische Gedanke erfaßte. Wir zeigen am Verfassungstage die Fahnen der Republik, was uns jedoch nicht hindern soll, auch unsere Fahnen in den Wind zu heben. Deswegen sind alle Distriktsfahnen und Banner unbedingt zur Verfassungsfeier mitzubringen. Soll der Distriktsführer oder Bannerträger als Mitglied von Schwarz-Rot-Gold verhindert sein, hat er für einen Ersatz zu sorgen, der die Fahne trägt. Der Abmarsch der mit dem Distriktsbanner marschierenden Genossinnen und Genossen sowie Gewerkschaftsmitglieder, für deren Teilnahme zu werben ist, erfolgt abteilungsweise und wird noch näher bekanntgegeben.

Genossen! Republikaner! Sorgt durch Massenbeteiligung, daß durch diese Kundgebung die Reaktion gewarnt wird. Sonntag lautet also die Parole: Alles auf zur Verfassungsfeier! Kein Distriktsbanner darf fehlen!

* * *

Abteilungsleiter! Die Abteilungsleiter müssen sofort in geeigneter Form den Treffpunkt und die Zeit für Sonntag bekanntmachen.

Abteilung Sandtor, Distrikt 18, 21 und 22! Alle Genossen, sowie Gewerkschaftsmitglieder und Republikaner, soweit Nichtmitglieder des Reichsbanners, treffen sich Sonntag, den 10. August, früh 9½ Uhr, zum gemeinsamen Abmarsch nach dem Schloßplatz am Weißenburgerplatz.

Abteilung Nikolaitor! Morgen, Freitag, abends 8 Uhr, bei Heinrich, Anderssenstraße Nr. 39: Zusammenkunft aller Distriktsführer der Abteilung.

Jungsozialisten! Heute abend, ½8 Uhr: Vortrag des Genossen Dr. Eckstein: „Reichsbanner, Jungsozialisten und Sozialismus". Gäste willkommen, besonders die Junggenossen, die dem Reichsbanner angehören.

Im bunten Breslau.

Der in künstlerischen Angelegenheiten (von architektonischen ganz zu schweigen) höchst schläfrige Breslauer Bürger fühlt plötzlich den Drang in sich, seinen geheiligten Unverstand „unvermittelt nackt" zu verteidigen. In den verschiedensten Drucktypen steht er sich schwarz auf weiß darin unterstützt, jeden umstürzlerischen Ansturm gegen sein Schönheitsgefühl möglichst zu ersticken. Was kann ihm und seinem architektonischen Feingefühl Beleidigenderes passieren, als daß man eine schon dem Namen nach unsympathische Freiheitsbrücke blau und grün zu bepinseln sich unterfangen will und gar seine wohltönenden Sätze von altehrwürdigen Rathausplätzen in himbeerfarbenen, blauen und grünen Tinkturen ertränkt? Er schwört, nie mehr die „21" zu benutzen, die ihm zugleich an dem farbigen Ringhaus und an der eminenten Brücke vorbeiführt.

Aber er wird mit sich reden lassen müssen und hoffentlich auch hier zu Kompromissen bereit sein. Erscheint ihm nicht ein Urteil allzu hastig, das die Farbigkeit im Straßenbild stillos nennt, wenn ein einzelner farbiger Bau, der noch auf die Buntheit der übrigen Straßenfront wartet, notwendig stillos und allzu auffallend wirken muß? Will er nicht warten, bis sich der Tuschkasten in ganzen Häuserblöcken präsentiert? Hat er etwas dagegen, wenn man der mathematischen Notwendigkeit einer Brückenkonstruktion durch einen bunten Anstrich die bedrückende graue Einförmigkeit nimmt? Aber wenn er vielleicht über die Brücke noch mit sich reden lassen wird, wird ihn das Ringhaus doch kopfscheu machen. Wie, man hofft diese bäuerische Buntheit für alle Ringhäuser? Nein, durchaus nicht. Man erhofft sogar, daß jedes dieser Häuser eine andere Buntheit. Denn hier bei dieser eigentümlichen Front, die aus völlig ungleichartigen Bauten besteht, wäre es doch offenbar Illusion, diese sehr verschiedenen Individualitäten wie bisher grau, so jetzt bunt zu uniformieren. Jedes dieser Häuser wird hoffentlich farbig sich als Einzelperson vorstellen und eine eigene Lösung finden, wie sie das Eckhaus fand, das durchaus nicht geschmacklos erscheint. Dieser kleinbürgerliche Bau, der seine winklige Winzigkeit keck an eine vom Verkehr umwogte Ecke drängt, zeigt nun ebenso kleinbürgerlich, ebenso keck in seiner Farbigkeit einen zweifachen himbeerfarbenen Giebel und eine recht unbescheidene grüne Dachrinne. Er läßt sich nicht unterkriegen, der kleine Kerl, obwohl er seine Zuflucht durchaus nicht zu prunkenden Farben nimmt, sondern sich bäuerisch einfältig zeigt. Man soll ihn so stehen lassen und sich nicht allzu sehr ärgern, sondern sich etwas über ihn freuen. Er ist wirklich ganz sympathisch. L. B.

Zu den Fälschungen am Postscheckamt

schreibt die Oberpostdirektion: Die für das deutsche Postscheckwesen und insbesondere beim Postscheckamt Breslau getroffenen Maßnahmen für eine sichere Erledigung der Aufträge und Geschäfte sind sonst durchaus zureichend, wie sich seit dem 15jährigen Bestehen des Postscheckverkehr erwiesen hat. Bei dem außerordentlich großen Umfange des deutschen Postscheckwesens (es ist das größte Geldinstitut der Welt) läßt sich eine an sich vereinzelte Betrügerei naturgemäß nicht vermeiden, wie ja im Privatbankwesen Scheckfälschungen oder ähnliche Betrügereien trotz aller Sicherheitsvorkehrungen immer wieder vorkommen, denn gegen einen durch großen Vertrauensbruch einer Beamtin und mit großem Raffinement vorgenommenen Betrug ist ein völliger Schutz unmöglich. Eine solche Betrügerei kann naturgemäß auch nicht sofort erkannt werden. Aus dem jetzt beim Postscheckamt vorgekommenenen Fall auf eine Unsicherheit im Postscheckverkehr zu schließen, liegt kein Anlaß vor, zumal den Postscheckkunden durch solche Betrügereien ja keinerlei Nachteile erwachsen. Geschädigt werden lediglich die Deutsche Reichspost bzw. die betreffenden verantwortlichen Beamten. Uebrigens ist bisher nur ein tatsächlicher Schaden von 3000 Mark entstanden. Wenn die Postbehörde zunächst über die Angelegenheit Schweigen bewahrt hat, so geschah es, um nicht durch vorzeitige Veröffentlichung die Untersuchung zu gefährden.

Der Fackelzug

des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, dessen Durchführung am 10. August, abends 9 Uhr, wir am 6. August andeuteten, wird vom Schloßplatz über die Schweidnitzer Straße zum Ring, die Barasch- und Naschmarktseite entlang zur Reuschestraße, über diese zum Königsplatz, am Nikolai-Stadtgraben entlang wiederum zum Schloßplatz führen, wo die Auflösung und der Abmarsch der Bannerschaften erfolgt. Die Tatsache, daß etwa 2000 Fackeln und 4 Musikkapellen den Zug begleiten, verspricht eine großartige Wirkung der Demonstration.

Ein freisprechendes Urteil,

das die Impfgegner interessiert.

Ein Mitglied des Impfgegnervereins in Essen hatte gerichtliche Entscheidung beantragt gegen eine wegen Unterlassung der Wiederimpfung seines Sohnes von der Essener Polizeiverwaltung gegen ihn ergangene Strafverfügung. Der jetzt 15 Jahre alte Imrfling war bereits am 1. April vorigen Jahres aus der Schule entlassen worden. Am 29. Juni vorigen Jahres hatte S. eine Aufforderung der Polizeiverwaltung erhalten, seinen Sohn noch nachträglich wiederimpfen zu lassen, dieser jedoch keine Folge geleistet. Auch einer wiederholten Aufforderung vom 20. November vorigen Jahres hatte er nicht entsprochen. Nunmehr erhielt am 29. Januar dieses Jahres eine Strafverfügung in Höhe von 10 Goldmark, an deren Stelle im Nichtbeitreibungsfalle zwei Tage Haft treten sollten. Gegen diese Strafestsetzung hatte S. gerichtliche Entscheidung beantragt. In der am 23. Juli vor dem Amtsgericht stattgefundenen Verhandlung wurde er durch den Vorstand des Impfgegnervereins vertreten, der geltend machte, daß die Verfolgung einer Uebertretung des § 11 Abs. 2 des Reichsimpfgesetzes nach Ablauf von drei Monaten nach Beendigung des Schulverhältnisses gemäß § 67 Abs. 3 des Str.-G.-B. verjähre, während der Vertreter der Staatsanwaltschaft behauptete, daß es sich um ein Dauerdelikt handle, bei dem eine Verjährung überhaupt nicht in Frage komme. Das Gericht war jedoch der Ansicht, daß durch die erst am 30. Januar d. Js. zugestellte Strafverfügung eine Unterbrechung der Verjährung tatsächlich nicht eingetreten sei und erkannte auf Freisprechung bzw. Einstellung des Verfahrens auf Kosten der Staatskasse.

Gathmann, die „Nachtpost" und die Kommunisten.

Der von der „Volkswacht" vor einiger Zeit entlassene und darauf auch eilig aus der Partei zu einer politisch inzwischen durchgefallenen Spaltgruppe übergelaufene Hans Gathmann will sich jetzt in seinem Wochenblättchen rächen. Neben allerhand Gleichgültigem veröffentlicht er dazu ein angebliches Gespräch mit dem Gewerkschaftsführer, Genossen Wierlisch, der ihm empfohlen habe, die Arbeiter zu beschwindeln und mit der Peitsche (!) zu regieren. Glücklicherweise hat das Gespräch vor zwei Zeugen stattgefunden, die uns beide Gathmanns blutrünstige Behauptungen als dreisten Schwindel bezeichnen. Wer Genossen Wierlisch kennt, wird das Zeug auch nie geglaubt haben, da gerade dieser Gewerkschaftsführer sich Gegnerschaft oft durch schonungslose Offenheit und Wahrheitsliebe zugezogen hat. Außerdem werden auch seine Gegner nicht glauben, daß er so unintelligent wäre, wie G. ihm das andichtet.

Wir möchten bei dieser Gelegenheit darauf aufmerksam machen, daß Gathmanns „Revue" im selben Büro hergestellt wird, wie die schmutzige Nachtpost", deren Telephon auch das ihre ist. Sie ist offenbar ein Zweiggeschäft von ihr. Die letzte „Nachtpost" bringt auch in ihren eigenen Spalten bereits ein Gedicht von H. G. Wenn die Kommunisten, die bisher mit dieser Sorte schmutzigster Geschäftspresse nichts zu tun haben wollten, Gathmann jetzt noch einmal zitieren werden, soll uns das recht sein. Uns hat sein Eintritt in das Nachtpostgeschäft nachträglich froh gemacht, daß wir ihn rechtzeitig los geworden sind.

Dämon Alkohol.

Am 7. Mai vorigen Jahres standen auf dem Mauritiusplatz zwei betrunkene Frauen, um die sich bald eine große Menschenmenge angesammelt hatte. Da kam der Polizeioberwachtmeister Guhlig, um die betrunkenen Frauen zum Nachhausegehen zu veranlassen. Der Schuhmachermeister Karl Münch, der sich unter der Menge befand und auch angetrunken war, nahm aber Partei für die beiden Frauen und es kam zu Auseinandersetzungen zwischen ihm und den Beamten. Als M. trotz wiederholter Aufforderung nicht weiter ging und auch seine Personalien nicht angeben wollte, forderte ihn der Beamte auf, mit zur Wache zu kommen. Jetzt zog Münch plötzlich das Seitengewehr des Beamten heraus und stieß es ihm in die Brust. Mit dem Ausruf: „Ich bin gestochen", brach Guhlig zusammen. Im Barmherzigen Brüderkloster schwebte er lange Zeit in Lebensgefahr, denn der Stich hatte ihn wenige Millimeter vom Herzen getroffen. Wegen dieser rohen Tat war Münch vom Schöffengericht zu einem Jahre 6 Monate Gefängnis verurteilt worden. Münch, der jetzt 51 Jahre alt ist, war in früheren Jahren wiederholt wegen Roheitsdelikten, die er im Rausch begangen hatte, bestraft worden. Dann hatte er dem Alkohol entsagt und ist daher seit dem Jahre 1909 nicht mehr mit den Gesetzen in Konflikt gekommen. An dem jetzt in Frage stehenden Tage hatte er einen Kriegskameraden getroffen. Bald waren alle guten Vorsätze vergessen und Münch hatte wieder einen Rausch. Unter Hinweis auf diese Tatsachen, hatte Münch gegen das schöffengerichtliche Urteil Berufung eingelegt und vor der Strafkammer um ein milderes Urteil gebeten. Diese berücksichtigte denn auch die angeführten Umstände und setzte die Strafe auf sechs Monate herab. Wenn er davon drei Monate verbüßt hat, soll geprüft werden, ob ihm für den Rest der Strafe eine Bewährungsfrist zu bewilligen ist.

Eine raffinierte Betrügerin.

Im Mai dieses Jahres kam zu einem hiesigen Schürzenfabrikanten eine Frau, die sich Marie Vogt nannte. Sie schilderte ihre große Not und bat um Arbeit. Der Fabrikant händigte ihr auch 23 Meter Schürzenstoff aus und eine Probeschürze. Bald mußte er aber wahrnehmen, daß er einer Betrügerin in die Hände gefallen war. Die angebliche Vogt ließ sich nicht mehr sehen; die angestellten Ermittelungen ergaben dann, daß es sich um die Arbeiterfrau Marie Jensch handelte, der nur daran gelegen gewesen war, Stoff in ihre Hände zu bekommen, den sie sofort verkauft hatte. Sie ist schon erheblich vorbestraft und hat auch bereits im Zuchthaus gesessen. Wegen des Betruges an dem Schürzenstoff wurde sie von dem Einzelrichter zu zwei Wochen Gefängnis verurteilt.

Deckeneinbrecher.

Vor dem Einzelrichter standen am Mittwoch der Bäcker Fritz Donath und der Arbeiter Heinrich Franzke, um sich wegen Einbruchsdiebstahls zu verantworten. In der Nacht zum 15. Juli d. J. waren die Genannten in Gemeinschaft mit einem gewissen Standtke in das Haus Gartenstraße 5 eingedrungen. Sie begaben sich dann bis zum ersten Stock hinauf, drückten hier eine Entrescheibe ein und gelangten so in das Zimmer. Hier rissen sie eine Parkettdiele heraus und durch diese Oeffnung ließen sie sich an einem Seil in das Erdgeschoß hinab, wo der Kaufmann Steinitz seine Lagerräume hat. Jetzt wurden Hosen-, Alpakka- und Futterstoffe im Werte von 1500 bis 2000 Mark zusammengepackt und fortgeschafft. Doch schon zwei Tage später konnten Donath und Franzke als die Einbrecher ermittelt werden. Beide waren geständig, doch erklärten sie, von Standtke zu der Tat angestiftet worden zu sein. Nur weil beide erst unbedeutend vorbestraft sind, wurden ihnen mildernde Umstände zugebilligt. Das Urteil lautete gegen Donath auf ein Jahr 4 Monate, und gegen Franzke auf 10 Monate Gefängnis.

Zwei Jahre Zuchthaus für einen Bodenkammerraub.

Ein recht schwerer Junge scheint der 24 Jahre alte Karl Hoyer zu sein. Bereits mehrmals wegen Einbruchsdiebstahls vorbestraft, hat er am 18. Juli d. Js., wenige Tage nach Verbüßung einer längeren Freiheitsstrafe, wiederum einen dreisten Einbruchsdiebstahl begangen. Ein älteres Fräulein hob in der Bodenkammer ihre gesamte Wäsche und Kleidungsstücke im Werte von 600 Goldmark auf. Davon muß wohl Hoyer erfahren haben und in Gesellschaft mit einem Komplizen räumte er die Bodenkammer vollständig aus. Die Bestohlene hat nur ein einziges Kleid zurückbekommen. Am Mittwoch stand Hoyer vor dem Einzelrichter, um sich wegen schweren Diebstahls im Rückfalle zu verantworten. Da der Angeklagte ein gewerbsmäßiger Einbrecher zu sein scheint, zumal ihm sofort das entsprechende Diebeswerkzeug zur Verfügung stand, wurden ihm auf Antrag des Amtsanwalts mildernde Umstände versagt und er zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt; ferner zu 3 Jahren Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht. Das beschlagnahmte Diebeshandwerkszeug wurde eingezogen.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold.

Alle Republikaner erscheinen am Sonntag, den 10. August, pünktlich 10.30 Uhr vormittags, auf dem Schloßplatz.

* Sämtliche Reichsbannermitglieder treten Sonntag früh 8,45 Uhr vor ihren Bannerlokalen an. Näheres wird durch die Bannerführer mitgeteilt.

Banner III. Freitag, den 8. August, abends 7 Uhr, Antreten im Garten des Gewerkschaftshauses.

Banner V. Gestrige Notiz falsch, betrifft Banner VI.

Banner VI. Heut Donnerstag, den 7. August, abends 8 Uhr, bei Bräuer, Gabitzstraße, wichtige Zusammenkunft. Pünktlich erscheinen!

Banner XI. Freitag, den 8. August, Monatsappell im Lokal Bergkeller, abends 7 Uhr.

* * *

Die Beerdigung des plötzlich verstorbenen Kameraden Gustav Scharte findet heute nachmittag auf dem Kommunalfriedhofe in Gräbschen statt. Die Mitglieder unserer Ortsgruppe werden gebeten, sich daran zu beteiligen. (Siehe Todesanzeige.)

Die juristische Sprechstunde

findet in dieser Woche Sonnabend nachmittag von 5—6 Uhr statt. Eingang Grünstraße 46.

Es wird nur Rechtsauskunft, und zwar gegen Vorlegung der Abonnementsquittung, erteilt. Schriftsätze werden nicht angefertigt.

---

* **Die städtische Volksbücherei III,** Königsplatz 7, ist vom 8. bis 30. August, die städtische Volksbücherei VII, Sadowastraße, vom 11. bis 30. August geschlossen. Die daselbst befindliche Lesehalle ist geöffnet.

* **Die städtische Volksbücherei VIII,** Friedrich-Wilhelm-Straße 101, ist von Donnerstag, den 7. August, ab, wieder geöffnet, und zwar mittags von ½12 bis 1 Uhr und nachmittags von 4 bis 7 Uhr.

* **Die Gaufeier des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold** in Magdeburg wird einen besonders festlichen Charakter tragen. Die uns vorliegende Programmfolge sieht neben anderem eine Totenfeier am Denkmal der Märzgefallenen in Weimar, wie eine öffentliche Feier vor dem Deutschen Nationaltheater vor. Bei diesen Feiern sprechen: Der Bundespräsident Genosse Hörsing, Reichsminister a. D. Preuß, General der Infanterie a. D. v. Deimling, der frühere Generalinspekteur des Heeres der österreichischen Republik, Genosse Körner, Genosse Löbe, die Abgeordneten Fehrenbach und Ludwig Haas.

* **Walter Krause** wird ersucht, zur Rücksprache über eine uns von ihm gemachte Meldung in unserer Redaktion vorzusprechen.

* **Die Gulaschkanone der Heilsarmee,** die armen und bedürftigen Mitbürgern gänzlich kostenlos, ein warmes, gut zubereitetes Mittagessen verabreichte, wird, wie man uns mitteilt, dies trotz der heißen Jahreszeit weiter tun. Um diese notwendige Hilfsaktion auch weiter planmäßig fortsetzen zu können, wird um milde Gaben, Lebensmittel jeder Art, wie sonstige Zuwendungen gebeten.

* **Gefälschte Reichsbanknoten.** Die bereits per 20. April 1924 aufgerufenen Reichsbanknoten zu 10 und zu 100 Billionen Mark, sowie die per 5. April 1924 aufgerufenen Reichsbanknoten zu 5 Billionen Mark, welche daran kenntlich sind, daß ihre Rückseite unbedruckt ist, sind nunmehr nahezu restlos an die Reichsbankhauptkasse zurückgeflossen. In der letzten Zeit sind vielfach Fälschungen dieser Abschnitte in Verkehr gebracht worden, vor deren Annahme gewarnt wird. Die bei der Reichsbankhauptkasse, Abteilung für aufgerufene Reichsbanknoten in Berlin SW. 19, Kurstr. 38, der allein für die Einlösung aufgerufener Reichsbanknoten zuständigen Stelle, eingereichten Noten werden daselbst auf das genaueste geprüft. Festgestellte Fälschungen werden unverzüglich der zuständigen Polizeibehörde zur weiteren Verfolgung übergeben.

* **Eine völlige Mondfinsternis.** Als wichtigste Himmelserscheinung im August ist die völlige Mondfinsternis am 14. zu verzeichnen. Sie beginnt alsbald nach Aufgang des Mondes um ½8 Uhr und erreicht ihr Ende kurz nach 1 Uhr. Wenn irgend möglich, sollte sich jeder, nicht nur der Sternfreund, die Beobachtung des immerhin recht seltenen Ereignisses nicht entgehen lassen. Die merkwürdigste Erscheinung, die bei totalen Mondfinsternissen beobachtet werden kann, ist der Umstand, daß auch der völlig verfinsterte Mond nicht gänzlich verschwindet, sondern in zwar schwachem, aber ganz deutlichem rötlichem Licht erstrahlt. Die Erscheinung ist eine Folge der Erdatmosphäre. Wäre die Erde wie der Mond ohne Lufthülle, so könnte zu dem im Erdschatten stehenden Mond keinerlei Sonnenlicht gelangen,

Mitglieder der Partei
und vom Konsum-Verein kaufen
Gardinen, Stores
nur bei
Julius Fein
Junkernstr. 14 (kein Laden)
vis-à-vis Kipling

und da dann auch die Erde ihre unbeleuchtete Seite zukehrt, müßte er notwendigerweise den Blicken völlig entschwinden. Aber die Lufthülle der Erde bricht, ähnlich wie ein Vergrößerungsglas, die durch sie hindurchgehenden Sonnenstrahlen nach innen, also nach dem Monde zu. Bei dem langen Weg durch die Luft wird der rote Teil des Sonnenlichtes ganz erheblich weniger geschwächt als der blaue, und das ist der Grund, daß der verfinsterte Mond im rötlichen Lichte erstrahlt. Ganz ähnlich wie auch die Sonne, wenn sie nahe am Horizont steht, ihre Strahlen also einen großen Weg in der Luft zurückzulegen haben, stets rot erscheint (Morgen- und Abendrot).

* **Uebertragbare Krankheiten in Preußen.** In der Zeit vom 4. Mai bis 31. Mai d. J. sind, wie der Amtliche Preußische Pressedienst einer Uebersicht über amtlich gemeldete Fälle von übertragbaren Krankheiten entnimmt, in Preußen nachstehende Erkrankungen (Todesfälle) mitgeteilt worden: Diphtherie 1713 (89), übertragbare Genickstarre 56 (26), Kindbettfieber 232 (88), spinale Kinderlähmungen 12 (1), Körnerkrankheit 149, Lungen- und Kehlkopftuberkulose 4278 (2572), Milzbrand 8 (3), Pocken 1, übertragbare Ruhr 251 (18), Scharlachfieber 1267 (28), Trichinose 1, Unterleibstyphus 719 (43), Fleisch-, Fisch- und Wurstvergiftung 61, Bißverletzungen durch tolle oder tollwutverdächtige Tiere 150.

* **Ein Schwindler** treibt hier sein Unwesen, indem er sich als Kassierer des Zentrumsverbandes ausgibt und Beiträge kassiert, sowie auch Zeichnungslisten des genannten Vereins vorzeigt, wonach er Gelder für kranke und erholungsbedürftige Kinder des Vereins einsammelt. Der Schwindler ist etwa 30—40 Jahre alt, 1.72 Meter groß, hat gesundes, volles Gesicht und war bekleidet mit dunklem Anzug. Im Betretungsfalle wolle man ihn der Polizei übergeben.

* **Festgenommen.** Der angebliche russische Fürst Alexander Trubetkoy geboren am 7. 10. 1900 in Petersburg, hat mehrere Diebstähle begangen, und ist in Magdeburg mit der unverehelichten Klara Rambotzki, geboren am 20. 4. 1908 in Berlin, festgenommen worden. Personen, die durch die beiden geschädigt worden sind, wollen sich im Polizeipräsidium, Zimmer 56, melden. — Eine Sittendirne wurde festgenommen, weil sie einem Lokomotivführer in der Wohnung 94 Mark gestohlen hat.

* **Thalia-Theater.** Es empfiehlt sich zu der am Sonnabend stattfindenden 50. Aufführung des Meisterschwanks „Die verkaufte Nacht" mit Ludwig Stössel als Dobermann, die Eintrittskarten an den Vorverkaufsstellen (Gebrüder Barasch und Zigarrenhäuser Herrmann) zu sichern.

* **Viktoria-Theater.** Täglich 8 Uhr, das überaus erfolgreiche Gastspiel Elfriede Mertens in dem pikanten Schwank: „Jou-Jou, die vergnügte Scheintote."

* **Schlesisches Landesorchester.** Das Programm des heutigen Südpark-Konzertes bringt u. a. Symphonie B-dur von Gade, Ouverture „Waldleben" von Kücken, Glocken- und Gralsszene aus „Parsifal" von Wagner, Czardas aus „Der Geist des Wojwoden" von Greßmann, „Rondo all'Ongarese" von Haydn und „Huldigungsmarsch" von Liszt. Leitung Herr W. Mundry.

* **Hauptschankwirtschaft an der Jahrhunderthalle.** Heute Donnerstag drittes Konzert des Stadttheater-Orchesters unter Leitung von Kapellmeister Oskar Preuß. Das Programm enthält unter anderem: Symphonie H-moll von Schubert, Peer-Gynt-Suite Nr. 1 von Grieg. Anfang 7½ Uhr, bei ungünstiger Witterung im Saale.

Liebich-Theater.

„Die Frau ohne Kuß".

Musikalisches Lustspiel in 3 Akten von Richard Keßler.
Texte von Willi Kollo. Musik von Walter Kollo.
Sommer-Direktion: Dr. Martin Zickel.

Die Sache mit der Ehefrau auf Engagement ist in der Lustspielliteratur nicht neu. Daß sie im Reigen der vielfachen Bearbeitungen an Humorkraft nichts eingebüßt hat, erwiesen die Berliner Aufführungsjubiläen, sowie die Breslauer erfolgreiche Premiere.

Die äußerst einfache, fast dürftige Handlung ist mit einem berlinisch parfümierten Dialog, einem wirklich geistreichen Plauderton und einer kleinen Anzahl bewährter dramatischer Effekte zu einer „Wichtigkeit" geworden, der es eignet, über die Akte hin aufzusteigen. — Dr. Hartwig, Arzt, ist ledig. Seine fachwissenschaftliche sofortige Pensionsfahrt hängt jedoch von einer Verheiratung ab: nur mit Ehefrau darf er hinkommen. Lotte Lanz, seine Sekretärin, die ihn schon lange „himmlisch" findet, wird auf sechs Wochen — tagsüber — seine Frau. Alles ist aufgeboten worden, um den Standesbeamten zur Eiltrauung zu bewegen; nur sie selbst wurden es nicht. Unterwegs hat sich Hartwig in seine „Frau" verliebt, sie aber, um nicht vertragsbrüchig zu werden, „nicht einmal mit einem Kuß", dies merken lassen. Nun sind sie zurück, Lotte bekam ihr Honorar und die Scheidung soll vor sich gehen. Erst nachdem der unglückliche Liebhaber, der wohl die Frauen zu „behandeln", aber nicht zu behandeln versteht, durch Lottes Eroberungstheorien — sie macht ihn eifersüchtig — zur Erkenntnis kommt, daß er ein „großer Schafskopf" war, — stürzt er sich in die Ehe. —

Molly Wessely entzückt durch das unermüdliche sprühende Temperament, die artistisch-routinierte Situationskunst und einen Berliner waschechten Chic. Den Doktor gibt Fritz Spira: eine Glanzleistung. Er trägt das Spiel in windigem Flug von einem Zipfel der Komik zum anderen. Albert Krafft-Lortzings knalliger Humor läßt bei jeder Wendung Lachsalven aus, während Fritz Beckmanns Trockenheit stets gemütliche Ironie hineinschießt. Olaf Bachs persischer Prinz mit dem verorientierten Deutsch bringt seine Rolle zu einem „glucklochen" Erfolge. — Alles „klappte", wie es nur sein kann; Beifall und Blumen lohnten die schöne Novität in Masse. Die von Kapellmeister Franz Marszalek geleitete Musik besitzt ihren Hauptwert in der Schlagerkunst: „Der Frühling von Berlin" wird bald auf der Gasse zu Hause sein. W. S—der.

Gewerkschaftsbewegung.

Die Massenentlassungen im Westen.

Dortmund, 6. August. (Eigener Drahtbericht.) Das rheinisch-westfälische Unternehmertum führt sein Stillegungsprogramm, über dessen Bedeutung noch ein Wort zu reden sein wird, konsequent durch. Neu ist die Brutalität, mit der gegen die Kriegsbeschädigten vorgegangen wird. Als Kommentar empfehlen wir jene Kapitel aus Henry Fords Buch, in denen dieser Yankee nachweist, daß in jedem Betriebe sich die Arbeitsgelegenheit für den Beschädigten ergibt, um den vollen Lohn zu verdienen. Jedoch scheint man das in Detroit, aber nicht in Berlin und Essen erkannt zu haben, denn trotz Verhandlungen zwischen den Behörden und den Leitern der großen Industrieunternehmungen werden voraussichtlich in den nächsten Tagen neben einer bedeutenden Zahl von Arbeitern und Angestellten auch 200 Schwerkriegsbeschädigte im Landkreise Hörde (Baroper Walzwerk, Kruppwerke in Annen, Annener Gußstahlwerke und Kohlenzechen der verschiedenen Konzerne) zur Entlassung kommen. Die Hauptfürsorgestelle für Kriegsbeschädigte in der Provinz Westfalen hat sich in dieser Angelegenheit an die Reichsregierung gewandt, die ihrerseits hoffentlich Schritte unternehmen wird, um die rücksichtslose Entlassung von Schwerkriegsbeschädigten noch in letzter Stunde zu verhindern.

Die Stillegungsmanie der Arbeitgeber im rheinisch-westfälischen Industriegebiet sollte dem Reichswirtschaftsminister und dem Reichswirtschaftsrat überhaupt Veranlassung geben, nähere Untersuchungen über die Berechtigung der Stillegungen anzustellen. Das Ausmaß der Arbeitseinschränkungen, die in vielen Fällen nichts anderes als Druckmittel auf Reichsbank und Reichsregierung sind, die Kreditpolitik laxer zu handhaben, scheint in den nächsten Tagen gesteigert werden zu sollen. Auf dem Hörder „Phönix" werden am 10. August erneut 14 000 Arbeiter entlassen. Das Annener Gußstahlwerk entläßt am 7. August 50 Prozent seiner gesamten Belegschaft, das Kruppwerk in Annen 33 Prozent seiner Belegschaft, das Baroper Walzwerk bei Dortmund hat bereits mehrere Betriebe in seinen Walzwerken stillgelegt. Die dauernde Stillegung der Zechen Wiendahlsbank und Hamburg im Dortmunder Bezirk wird geplant. Von der Direktion wird sie als unvermeidlich erklärt, wenn es nicht gelingt, für die Zechen Kaiser Friedrich und Glückauf Tiefbau weiterhin Kredite zu schaffen. Auch kleinere Werke in der Eisenindustrie werden in den nächsten Tagen ihre Belegschaften entlassen. Die Firma Künstler & Co. in Holzwickede wird am 10. August ihre gesamte Arbeiterschaft, 150 Arbeiter, auf die Straße setzen.

Lohnabbau auch in Deutsch-Oberschlesien.

Unter dem Vorsitz des vom Reichsarbeitsministerium bestellten Schlichters, Regierungsrats a. D. Professor Dr. Brahn, wurde am 5. August ein Schiedsspruch gefällt, der mit Rücksicht auf die augenblickliche schwierige wirtschaftliche Lage der oberschlesischen Eisenhüttenindustrie neben einigen wirtschaftlich notwendigen Veränderungen der Arbeitsbedingungen eine Senkung der Löhne um 5 Prozent vorsieht, andererseits aber die Grundlage der Akkordverdienste erweitert.

Wirtschaftlich notwendige Veränderungen heißt etwa so viel wie Verlängerung der Arbeitszeit. Dazu eine Senkung der Löhne um 5 Prozent. Das sind nette Aussichten für die oberschlesischen Hüttenarbeiter, denn die Erweiterung der Akkordverdienst-Grundlagen ist gegenüber den Verschlechterungen ein so ungefüger Witz, daß man ihn wirklich nicht erst leisten sollte.

Man sieht, das polnische Beispiel macht Schule.

Internationale Kürschnerkonferenz.

Am 28. und 29. Juli tagte in Berlin im Zentralbureau des Deutschen Bekleidungsarbeiterverbandes die 7. Internationale Kürschnerkonferenz. Vertreten waren Deutschland, Oesterreich, Ungarn und Dänemark. Der schwedische Vertreter wurde im letzten Augenblick durch Lohnverhandlungen verhindert. Amerika hatte keinen Vertreter gesandt und wünschte telegraphisch den Verhandlungen besten Erfolg. Das Sekretariat war durch den Sekretär Regge-Berlin vertreten. Als Gäste wohnten der Konferenz bei: Pleul-Berlin als Vertreter der Zentralleitung des Deutschen Bekleidungsarbeiterverbandes und Stühmer-Berlin als Vertreter des Internationalen Bekleidungsarbeiter-Sekretariats. Genosse Siegle vertrat die Berliner Gewerkschaften.

Die Tagesordnung enthielt neben dem geschäftlichen Teil die wichtige Frage, wie sich die Konferenz zum Anschluß des IKS. an das Internationale Bekleidungsarbeiter-Sekretariat stellt.

Zum Geschäftsbericht, der gedruckt vorlag, wies Regge noch auf die Tatsache hin, daß im Juni vor 10 Jahren das Sekretariat geschaffen worden sei. Er bedauerte es lebhaft, daß Frankreich und England als Mitbegründer der IKS. demselben nach dem Kriege noch nicht wieder beigetreten sind. Die französische Organisation, die 1920 neu gegründet wurde und sich dem Bekleidungsarbeiterverband angeschlossen hatte, machte 1921 die Spaltung mit und schloß sich der Roten Gewerkschafts-Internationale an. Dies verschwieg der Vertreter auf dem Verbandstag des Deutschen Kürschnerverbandes im Vorjahre. Die beantragte Aufnahme in das IKS. wurde deshalb abgelehnt. Der Gesamtmitgliederbestand betrug Ende 1922 24 167 und Ende 1923 noch 18 137. An dem Verlust von 24,9 Prozent ist hauptsächlich Deutschland beteiligt.

Eine Debatte über den Bericht fand nicht statt; dem Sekretär wurde einstimmig Entlastung erteilt. Die schriftlichen Berichte der Landesorganisationen wurden von den Delegierten noch kurz mündlich ergänzt.

Zu dem Thema „Wie stellen sich die Organisationen zum Anschluß an das Internationale Bekleidungsarbeiter-Sekretariat?" wies Regge in der Begründung besonders darauf hin, wie schwer das Kürschner-Sekretariat im ersten Jahrzehnt um seine Existenz hat ringen müssen, weil die nationalen Organisationen noch zu schwach entwickelt waren, um die nötige finanzielle Rückenstärkung zu bieten, die zur Agitation erforderlich war. Nach Hinweis auf die Konzentrationen der Unternehmerorganisationen betonte er die Notwendigkeit des gleichen Schrittes der Arbeiterschaft. Die Münchener Konferenz 1921 habe sich mit der Frage der Industrieverbände beschäftigt. Die Konferenz erklärte sich im Prinzip damit einverstanden, hielt aber die Zeit noch für verfrüht. Er glaube, daß die drei Jahre als Uebergangszeit genügt hätten und die Frage jetzt spruchreif sei, so daß das Sekretariat sich dem IBAS. anschließe und die Landesorganisationen dem folgen. Eine in diesem Sinne gehaltene Resolution des Sekretariats stand zur Debatte.

Die Internationale „Fur Workers Union of U. S. A." hatte in einem Schreiben sich gegen die Verschmelzung der Sekretariate gewandt, wenn als Folge die nationalen Organisationen zu Industrieverbänden gezwungen werden sollten. Der entscheidende Teil lautete: „Wir haben hier in Amerika verschiedene Hindernisse, die einer Verschmelzung entgegenstehen, und nur ein Bündnis kann die Wege dazu ebnen."

Wir sind der Ansicht, daß das Sekretariat keine entscheidende Stellung nehmen sollte, die angeschlossenen Organisationen zu zwingen, eine bestimmte Stellung einzunehmen, sondern jede Organisation muß nach den Verhältnissen ihres Landes die Frage regeln, da ein bestimmtes Gesetz nicht überall anwendbar ist."

Da auch die Vertreter von Oesterreich, Ungarn und Dänemark in der Aussprache sich dagegen wandten, entsprechend der Resolution schon jetzt den Industrieverbänden sich anzuschließen, so mußte dieser Stimmung Rechnung getragen werden, sollte nicht die Verschmelzung der Sekretariate zum Nachteil für die internationalen Landesorganisationen ausschlagen.

Regge schlug daher am zweiten Tag der Konferenz eine Resolution vor, die ohne Debatte nach kurzen Erklärungen einstimmig angenommen wurde. Die Resolution empfiehlt den Weg der einstweiligen Kartellierung, bis auch die Mitgliedschaften die Schaffung von nationalen Industrieverbänden gewonnen sind.

„Die Konferenz ist aber der festen Ueberzeugung, daß die Interessen der nationalen Kürschnerorganisationen im Internationalen Bekleidungsarbeiter-Sekretariat nach Art. 3 und 4 des Regulativs dieses Sekretariats ebenso und noch umfangreicher und wirksamer gewahrt werden können wie im bisherigen Kürschner-Sekretariat. Die Konferenz stimmt daher dem Anschluß unseres Sekretariats an das Internationale Bekleidungsarbeiter-Sekretariat zum 1. Januar 1925 zu."

Ein Schreiben des Allrussischen Verbandes der Bekleidungsarbeiter, das den eventuellen Anschluß der Kürschner betraf, wurde durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt. Die Beiträge in Höhe von 20 Prozent eines durchschnittlichen Stundenlohnes pro Mitglied und Jahr gelten bis Ende dieses Jahres. Nach Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten wurde die letzte internationale Kürschnerkonferenz geschlossen.

Acht- und Zwölfstundentag.

Von „The federated American Engineering societies" (Amerikanische Maschinistenvereinigung) wurde ein Bericht über die Arbeitszeit zusammengestellt. Die Untersuchung erstreckt sich auf 40 Gattungen von kontinuierlichen Betrieben, unter ihnen die chemische Industrie, die Zuckerindustrie, Oelindustrie, Papierindustrie, Mehlindustrie und Gummiindustrie.

In solchen Industrien, die „schwere" Chemikalien erzeugen, wird in drei Schichten gearbeitet. Die meisten Unternehmer dieser Betriebe bezweifeln, daß durch das Dreischichtensystem die Produktion vergrößert wird. Ein beträchtlicher Teil derselben aber meinte dennoch, daß durch den Achtstundentag weniger Unfälle vorkommen und weniger Verlust von Produktion und bessere Qualität erzielt werden.

Von einer großen Seidenfabrik mit 25 Prozent kontinuierlichen Arbeitern wird die folgende Uebersicht der Arbeitszeit gegeben: Vor März 1919 arbeiteten die kontinuierlichen Arbeiter in Zwölfstundenschichten mit elf Stunden Arbeitszeit pro Tag und 13 pro Nacht. Im März 1919 wurde das Dreischichtensystem eingeführt. Die Direktion teilte danach mit, daß die Steigerung der Produktion sehr bedeutend sei, was der größeren Anstrengung, die durch die gekürzte Arbeitszeit möglich ist, zugeschrieben wird.

Fast alle Rübenzuckerfabriken arbeiten mit Zwölfstundenschichten, auch die Zuckerfabrik Louisiana. 1918 wurde dort die Zahl der Arbeitsstunden von zwölf auf acht gebrückt und die Stundenlöhne um 50 Prozent erhöht. Der Uebergang vom Zwölf- auf das Dreischichtensystem vermehrte jedoch die Produktivität, die Verwaltung schätzte die Produktionssteigerung auf 10 bis 15 Prozent.

In der Papierindustrie arbeiteten 88 000 Personen, welche beinahe alle in kontinuierlicher Arbeit stehen. Die Mehrzahl der Fabriken arbeitet in drei Schichten. Im Jahre 1912 arbeiteten 30 Prozent der Arbeiter in Massachusetts in Zwölfstundenschichten und 70 Prozent in Achtstundenschichten, im Jahre 1921 arbeiteten noch immer 20 Prozent in zwei Schichten.

Die wichtigsten Schlüsse des Berichtes sind: In fast jeder kontinuierlichen Industrie gibt es Achtstundenschichtfabriken, die mit Zwölfstundenschichtfabriken konkurrieren. Der scheinbare Nachteil, daß statt zwei Mann drei Mann für ein bestimmtes Produkt verantwortlich sind, wird überwunden, wenn man die Arbeitsleistungen standardisiert und eine Kontrolle mit fein arbeitenden Instrumenten einführt. In vielen großen Fabriken ist beim Uebergang vom Zwei- auf das Dreischichtensystem die Zahl der Arbeiter ungefähr die gleiche geblieben. Der Einfluß der Achtstundenschicht auf die Menge und Qualität der Erzeugnisse, Versäumnis und Unfälle ist sehr günstig gewesen, besonders gute Führung und Zusammenwirken mit den Arbeitern vorhanden waren. In jeder großen kontinuierlichen Industrie gibt es Fabriken, welche die Quantität der Erzeugnisse bis zu 25 Prozent gesteigert haben, in Ausnahmsfällen sogar noch höher. Die vorgebrachten Beweise zeigen, daß, wenn ein Betrieb zum Dreischichtensystem übergeht, es sehr unwahrscheinlich ist, daß er zum alten System zurückkehren wird.

Der Schiedsspruch im Baugewerbe.

Auch die Unternehmer lehnen ihn ab.

Der Schiedsspruch vom 16. Juli ist auch von den Unternehmerverbänden abgelehnt worden. In einem Schreiben vom 2. August wird zu der Ablehnung gesagt: Die besonders gelagerten Verhältnisse im Baugewerbe, die zu dieser Ablehnung nötigen, sind zu oft auseinandergesetzt worden, daß sie dem Reichsarbeitsministerium nicht bekannt sein sollten. Wir dürfen uns deshalb eine Begründung der Ablehnung im einzelnen ersparen. Verschiedene berechtigte Wünsche der Arbeitgeber sind nicht erfüllt, außerdem ist eine ganze Reihe von Bestimmungen des Schiedsspruches für uns untragbar.

Aussperrung im westsächsischen Baugewerbe beendet.

Erfolg der Bauarbeiter.

Nach zweitägigen schwierigen Verhandlungen wurde in Leipzig für das westsächsische Baugewerbe folgender Schiedsspruch gefällt: Der Schiedsspruch für Ost- und Westsachsen vom 7. Juli hat für alle Gebiete, wo keine Kampfesmaßnahmen bestanden haben, Gültigkeit. Für Leipzig erfolgt auf den Schiedsspruch vom 7. Juli (80 Pfg. Stundenlohn, 47-Stunden-Woche) eine weitere Zulage von 2 Pfg. Demnach beträgt der Stundenlohn 82 Pfg. Die Arbeitszeit ist, wie im Schiedsspruch vorgesehen, von 47 auf 46½ Stunden festgesetzt. Beide Parteien haben sich dem Schiedsspruch unterworfen. Die Aussperrung ist demnach beendet.

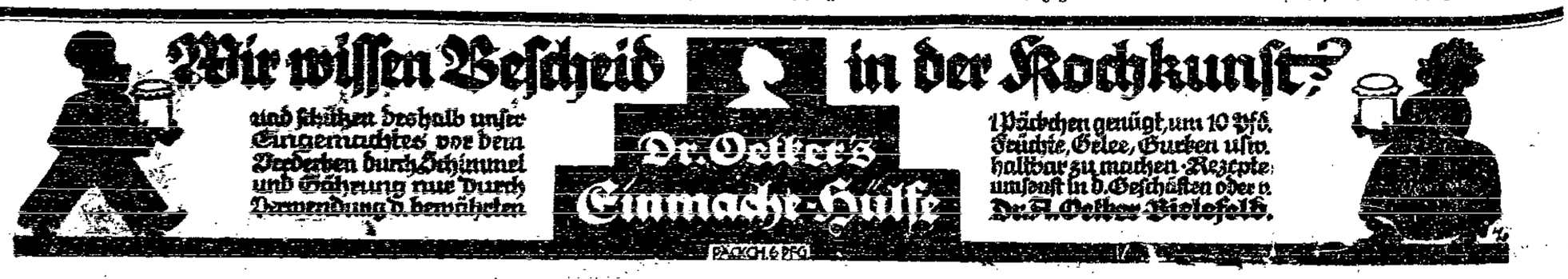
Schiedsspruch im Bankgewerbe.

Der am 28. Juli im Reichsarbeitsministerium gefällte Schiedsspruch sieht für Juli und August eine Gehaltssteigerung von 10 Prozent vor. Die Gehälter beginnen nach diesem Schiedsspruch in Ortsklasse A, ohne Sonderzuschläge, mit 56.10 Mark für männliche ledige kaufmännische und gewerbliche Angestellte und steigen bis zum 15. Berufsjahr in 72 verschiedenen Gehaltsstufen bis zu 249,70 Mark monatlich. Die Lehrlinge sollen im 1. Lehrjahre 29,70 Mark, im 2. Lehrjahre 53,90 Mark und im 3. Lehrjahr 71,50 Mark erhalten.

Für weibliche Angestellte gelten die üblichen Abschläge. Die Haushaltungszulage beträgt 20 Mark, die Kinderzulage 20 Mark je Kind, wie bisher.

Die Angestelltenorganisationen haben den Schiedsspruch angenommen. Der Reichsverband der Bankleitungen hat zu diesem Schiedsspruch keine Erklärung abgegeben, ihn also abgelehnt. Der Deutsche Bankbeamtenverein hat daher beim Reichsarbeitsminister beantragt, den Schiedsspruch für verbindlich zu erklären.

Der ostoberschlesische Streik greift nicht weiter. 90 Prozent der Arbeiter im Dombrowaer Becken sprechen sich, laut WTB., gegen den von den Kommunisten proklamierten Streik aus.



Breslau (Land)-Neumarkt.

Mangschütz. Die Republik marschiert. Hier fand am 3. August im Gasthaus von Opalka eine Versammlung des Reichsbanners „Schwarz-Rot-Gold" statt. Kamerad Richard Hahn-Breslau hielt vor zirka 150 Anwesenden ein mit Begeisterung aufgenommenes Referat. Es wird hier bald dem „Stahlhelm" der Boden abgegraben werden. „Feste druff", sagen wir, damit Deutschland leben kann! Die Republik gehört den Republikanern!

Polokwitz. Eine seltene Maskerade. Am Sonntag, den 3. August, spielte sich in Polokwitz, Kreis Breslau, eine seltene Maskerade ab. Die Denkmalseinweihung in diesem Ort wurde von dem Gutsbesitzer des Ortes in Szene gesetzt. Der Kriegerverein von Alt-Schliesa leistete sich eine Ehrengruppe, die in echt wilhelminischer Aufmachung erschien. Zuerst ein Reitertrupp, welcher von den Arbeitern des Dominiums gestellt war und folgende Figuren in Uniform darstellte: Raubritter, Dragoner, Kürassiere, Ulanen und Artilleristen. Das Programm wurde mit Musik und drei Ehrensalven, sowie unter dem nicht fehlenden Parademarsch abgewickelt. Auch wurde das Deutschlandlied gesungen. Wo sind aber diese Herren, wenn es um Recht und Freiheit geht? Sie sind nur stark in ihren Verbänden Stahlhelm, Werwolf und wie sie alle heißen. Die Arbeiter von Polokwitz müssen erkennen, wohin der Kurs dieser Herren geht. Deshalb, ihr Arbeiter von Polkwitz, laßt euch nicht blenden, sondern aufgewacht für die Republik.

Opperau. Brandstiftung. Sonntag nachmittag gegen 4.30 Uhr brannte der Strohschober der Gutsverwaltung G. v. Johnston nieder. Das Feuer hätte noch größeren Schaden anrichten können, wenn nicht das schnelle Eingreifen der verschiedenen Feuerwehren dies verhindert hätte. Neben dem Schober lag ein reifes Weizenfeld, welches auch schon zu brennen anfing. Die Feuerwehren aus unserem Ort und aus den umliegenden Ortschaften waren zur Stelle. Es liegt Brandstiftung vor. Ein 15jähriger Junge hatte auf dem Schober geschlafen und sich nach seinem Schlaf eine Zigarette angezündet, an deren glühender Asche das Stroh schnell Feuer fing. Er wurde bald verhaftet. Bei der Verhaftung gab er an, aus Breslau zu sein.

Carlowitz. Gemeindevertretersitzung. Die letzte Sitzung beschäftigte sich mit folgenden Punkten: Zu Punkt 1 lag wieder der Gaslieferungsvertrag des Magistrats Breslau vor. Durch den letzten Einspruch der Vertretung wurde die Eingemeindungsklausel fallen gelassen. Auch war die Beschäftigung von hiesigen Erwerbslosen bei den Erdarbeiten zugesagt worden. Der Vertrag ist aber wieder abgelehnt worden, weil der § 8 die Gemeinde verpflichtet, auf 30 Jahre keinem Dritten die Genehmigung zur Durchlegung von Gasrohren und auch die Lieferung von Gas genehmigen darf. Auch wurde die Wahl eines Hilfsschöffen vorgenommen. Der Bürgerblock schlug Herrn Sacher vor. Bei der Wahl gaben unsere Genossen weiße Zettel ab. Darauf fanden die Kommissionswahlen statt. Auf Grund unserer drei Sitze erhielten wir in jeder Kommission einen Sitz. Bei Punkt Verschiedenes richtete Genosse Morawe die Anfrage, wie es mit der Fahne schwarz-rot-gold steht. Bei dieser Frage hatten es die Bürgerlichen eilig, nach Hause zu gehen. Auch der Demokrat verließ das Sitzungszimmer. Der Gemeindevorsteher gab aber noch die Erklärung ab, daß bis zum 11. August eine Fahne da ist.

Aus Schlesien.

Trennung der Provinzen Oberschlesien und Niederschlesien.

Der niederschlesische Provinzialausschuß war für den 2. August zu einer außerordentlichen Sitzung einberufen aus Anlaß einer Entscheidung des Ministers des Innern über die Provinztrennung.

Darin wird angeordnet, daß die beiden Einzelprovinzen Niederschlesien und Oberschlesien die Verwaltung ihrer Angelegenheiten, soweit es nicht bereits geschehen ist, vom 1. August ab selbständig zu übernehmen haben — mit Ausnahme

der Elektrizitätswirtschaft, der Wasserwirtschaft und des Meliorationswesens; der gemeinsamen Kasseneinrichtungen: Provinzial-Hilfskasse und Landeskultur-Rentenbank, Witwen- und Waisenkasse, Ruhegehaltskasse; der Provinzial-Lebens- und Haftpflichtversicherungsanstalt, der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft und der Landesversicherungsanstalt.

Für diese Aufgaben sollen weiter die gemeinsamen Organe — der gemeinsame Landtag, Ausschuß und Landeshauptmann — zuständig sein.

Der Minister bleibt grundsätzlich auf dem Standpunkt, daß für besser einheitlich zu verwaltende wirtschaftliche Aufgaben eine Gemeinsamkeit beider Provinzen auch für die Zukunft erhalten bleiben soll. Die endgültige Regelung, welche Aufgaben dies sein sollen und wie der neue Rechtsträger konstruiert sein soll, wird einem demnächst zu erlassenden Gesetz vorbehalten, ebenso wie dieses auch die Vermögensauseinandersetzung bringen muß.

Nach eingehender Beratung beschloß der niederschlesische Ausschuß, dem Minister sein Bedauern auszusprechen darüber, daß der gemeinsamen Verwaltung in dieser vorläufigen Regelung nur einige bestimmt aufgeführte wirtschaftliche Aufgaben zugewiesen worden sind und nicht, wie es bisher von Niederschlesien stets gefordert und vom Ministerium grundsätzlich anerkannt war, das Gesamtgebiet „der wirtschaftlichen Aufgaben", aus dem den Einzelprovinzen einzelne, deren Trennung zweckmäßig erschienen wäre, hätten zugeteilt werden können. Niederschlesien hält diese Forderung aufrecht; es hält eine künftige gemeinsame Verwaltung nur dann noch für wünschenswert, wenn ihr ein ausreichender Inhalt gegeben wird; es behält sich seine Stellungnahme hierzu und zu der Organisation dieser Verwaltung bis zu den demnächstigen Verhandlungen hierüber mit dem Staatsrat und dem preußischen Landtage vor.

Anschließend an diese Beratung wurde in einer Sitzung des gemeinsamen Provinzialausschusses, der hierfür noch zuständig ist, die Versetzung einer größeren Anzahl von Provinzialbeamten nach Ratibor — für die neue oberschlesische Verwaltung — beschlossen.

Falschmeldungen zu den oberschlesischen Wahlen.

Schlesische Zentrumsblätter bringen die Meldung, daß von einigen Parteien im Reichstag ein Gesetzentwurf eingebracht werde, wonach die Mandate der oberschlesischen Reichstagsabgeordneten bis zu den Neuwahlen für gültig erklärt werden sollen. Ein solcher Gesetzentwurf sei bereits in Arbeit. Wie wir dazu aus dem Reichsinnenministerium hören, war wohl nach der Ungültigkeitserklärung der oberschlesischen Wahlen von einem derartigen Plan im Reichstag die Rede. Man hat diesen Plan jedoch wieder fallen lassen. Es existiert daher weder ein solcher Gesetzentwurf von irgendwelcher Partei, noch von der Regierung.

Die oberschlesischen Wahlen, deren Verschiebung bis zu den Preußenwahlen das schlesische Zentrum gern gesehen hätte, finden am 21. September statt.

Abonnenten des „Kommunalen Ratgebers"!

Die meisten Abonnenten haben den Bezugspreis für den „Kommunalen Ratgeber" in diesem Jahre noch nicht bezahlt. Derselbe beträgt für Nummer 1 20 Pfennige, Nummer 2-3 40 Pfennige, Nummer 4-5 40 Pfennige. Für Zusendung kommen dann noch 10 Pfennige hinzu, sodaß also insgesamt für das erste halbe Jahr 1,10 Mark für je ein Exemplar zu zahlen sind.

Es wird gebeten, diesen Betrag an das Bezirkssekretariat Breslau, Margaretenstraße 17, Zimmer 24, oder auf das Postscheckkonto Nr. 29 563, G. Scholich und E. Janotta, Breslau 1, unter Angabe, wofür dieser Betrag bestimmt ist, bald einzuzahlen, andernfalls die Weiterbelieferung ausbleibt. Die nächste Nummer für den Monat August ist bereits herausgekommen.

Der Bezirksvorstand. J. A.: K. Macke.

Das Staubecken von Ottmachau aufs schwerste gefährdet.

Der Vorstand der Landwirtschaftskammer Schlesien beschäftigte sich in seiner letzten Sitzung mit der vom gemeinsamen Provinziallandtag der Provinzen Nieder- und Oberschlesien gegebenen Zustimmung zur Finanzierung des Staubeckens von Ottmachau und sprach sich, wie früher schon, gegen die Errichtung dieses Staubeckens aus, mit Rücksicht auf den Verlust von 2000 Hektar Land, die zum größten Teil unter Wasser kommen würden.

Dieser außerordentlich bedauernswerte Beschluß ist geeignet, aufs neue das Werk zu gefährden, für dessen Ausführung wiederholt der preußische Landtag einstimmig eingetreten ist, und dessen Finanzierung neuerdings nicht nur von dem gemeinsamen Provinziallandtage der beiden Provinzen, sondern auch von den am Stromlauf interessierten Städten sowie Industrie- und Handelskammern in die Hand genommen worden ist. Das letzte Wort ist in der Angelegenheit, da doch eine gerechte Entrüstung über das Vorgehen der Landwirtschaftskammer immer weitere Kreise zieht, noch nicht gesprochen.

Ohlau. Hängt euch nicht an fahrende Wagen an! Die Unsitte der Kinder, sich an fahrende Wagen anzuhängen, hat in Gradschwitz ein Todesopfer gefordert. Ein Kind, das sich an einen Erntewagen angehängt hatte, wurde so unglücklich überfahren, daß ihm die Räder des Wagens über Kopf und Brust hinweggingen und der Tod eintrat.

Faulbrück. Der Bock als Ziergärtner. Unser Ort liegt zu beiden Seiten des Peilebaches, der sich in allen möglichen Windungen und Krümmungen durch das Dorf schlängelt. Die scharfen Kurven und der zeitweise hohe Wasserstand führen an verschiedenen Stellen zu Veränderungen des Flußbettes. Während das Wasser auf der einen Seite die Ufer mehr und mehr ausspült, setzt es auf der anderen Seite den mit sich führenden Schlamm wieder ab. Auf diese Weise hatte sich nun auch das Anliegen des Gutsbesitzers Hennig um ca. 100 Quadratmeter vergrößert. H. hatte dieses so gewonnene Neuland mit Weiden bepflanzt, was übrigens auch an anderen Stellen zu beobachten ist. In diesem Falle erregte es jedoch die Aufmerksamkeit der Behörden und Hennig mußte wohl oder übel die Weidenplantage wieder beseitigen. Wie verlautet, hatte nun auch die Gemeindebehörde Nieder-Faulbrück Anweisung erhalten, die dort abgelagerten Erdmassen zu entfernen. Der findige Gemeindehirte, Gutsbesitzer Rieger, dessen Kenntnisse auf kommunalpolitischem Gebiet wir an dieser Stelle schon zur Genüge beleuchtet haben, glaubte nun, gleich zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen zu können, indem er diese fast undefinierbaren Massen von Schlamm, Schliessand, verfaultes Laub, Wurzeln und dergl. nunmehr als Wegebesserungsmaterial Verwendung finden ließ. Kurz vor Beginn der Hundstage wurden nun auch Teile der Dorfwege mit vorgenannten Stoffen bedacht. Das später einsetzende Regenwetter dürfte wohl den Beteiligten die Erkenntnis der Unsinnigkeit ihrer Anordnungen gebracht haben, denn die so „gebesserten" Wege befinden sich jetzt in einem Zustand, der jeder Beschreibung spottet.

Neisse. Gedenkfeier. Zum Andenken an die Gefallenen des Weltkrieges fanden Sonnabend und Sonntag hier Feiern statt. Der Kreiskriegerverband veranstaltete Sonnabendabend an der Davidshöhe eine solche, ebenso wurde Sonntagnachmittag um 5 Uhr auf dem Garnisonfriedhofe eine Feier abgehalten. Auf die Davidshöhe waren mehrere Lastautos mit Schupo, desgl. Berittene ausgerückt. Auf dem Rückmarsche von der Veranstaltung sangen die blauuniformierten Hakenkreuzler, vor den berittenen Schutzmannschaften herschreitend, beim Einbiegen auf den Ring das Ehrhardlied, in dem bekanntlich die Stelle „Schlagt die Juden tot!" vorkommt. Sollte diese Stelle so leise gesungen oder gar weggelassen worden sein oder haben die Schupobeamten beim Absingen der Aufforderung zum Totschlag beide Augen zugedrückt? Ist die Stelle gesungen worden, was die Schutzleute unbedingt gehört haben müßten, dann ist es Pflicht des Staatsanwalts, gegen eine öffentliche Aufforderung zum Totschlag einzuschreiten; denn in Deutschland soll bekanntlich noch der Satz gelten: Gleiches Recht für alle! Die Schneidigkeit, die in der deutschen Republik nach links angewendet wird, vergesse man vorkommendenfalls nicht nach rechts.

Kattowitz. Ungefähr 60 Eisenbahnbeamte aus Jugoslawien mit dem Vizepräsidenten der Belgrader Eisenbahndirektion Juritschitsch an der Spitze sind hier zum Studium der ostoberschlesischen Eisenbahnverhältnisse eingetroffen. Sie wurden von der hiesigen Eisenbahndirektion feierlich empfangen.

Letzte Wetternachrichten.

Datum: 7. 8. 21.	Temperatur heut früh	Maxim.	Min. (seit 24 Stunden)	Wind	Niederschlag	Wetter
Krietern	17	23	12	SO 2	ger.	halb bedeckt
Schneekoppe	10	11	9	SW 3	—	Nebel
Grünberg	22	—	11	SSO 2	—	klar
Schreiberhau	18	21	9	SW 6	—	klar

Das morgige Wetter.

(Vorhersage der Wetterwarte Krietern bei Redaktionsschluß.)

Die Wetterlage gestaltet sich etwas günstiger. Absinkende Luftmassen haben zu vorübergehender Erwärmung geführt und kalte Polarluft, die bereits bis Westdeutschland vorgedrungen ist, wird vorübergehend zu Gewitterbildung Anlaß geben; die Temperatur nimmt dann wieder ab.

Wasserstand

vom 7. August 1924.

Ratibor	1,52	Breslau (Unter-Pegel)	—0,50
Krappitz	2,22	Ransern (Ober-Pegel)	5,22
Cosel	0,88	„ (Unter-Pegel)	2,78
Brieg (Mastenkran)	2,31	Dyhernfurth	2,03
Neissemündung (Ober-Pegel)	3,80	Treschen	1,30
Neissemündung (Unter-Pegel)	1,42	Wasserwärme	+ 17,5°
Breslau (Ober-Pegel)	5,05		

Breslauer Produktenbörse vom 6. August.

Amtliche Notierungen der an der Breslauer Produktenbörse vom 6. August 1924 gezahlten Preise in Goldmark (1 Goldmark = 10/42 Dollar) ab schlesischer Verladestation. Tendenz: Getreide: Brotgetreide ruhig. — Oelsaaten: Bis auf Raps fest. — Mehl: Ruhig.

Tägliche Amtliche Notierungen (100 kg) in Goldmark:

Getreide:	6.	5.	Oelsaaten	6.	5.
Weizen	19,20	19,20	Raps, Wint. 23	27,00	—
Roggen	14,80	14,80	do. 24	--	—
Hafer	14,50	14,00	Leinsamen	38,00	—
Braugerste	18,00	18,00	Senfsamen	44,00	—
Mittelgerste	16,50	16,30	Hanfsaat	—	—
Futtergerste	—	13,00	Mohn, blau	66,00	—

Amtliche Notierung für Mühlenerzeugnisse (für 100 kg).

		6.	5.
Weizenmehl	100 kg	28,00	28,00
Roggenmehl	100 kg	22,50	22,50
Auszugmehl	100 kg	32,00—33,00	32,00—33,00

Familien-Anzeigen

Am 5. August verschied nach langem, schwerem Leiden meine liebe, gute Frau und gute Mutter, Schwester, Schwägerin und Tante

Frau Martha Kirsch
geb **Fiedler**

im besten Alter von 34 Jahren. 7665

In tiefstem Schmerz
Friedrich Kirsch als Gatte, nebst Kindern.
Tiergartenstraße 147.

Beerdigung am 8. August, vormittags 8½ Uhr, von dem Krankenhause in Herrnprotsch.

Am 5. August verschied nach langem, schweren Leiden unser Mitglied und langjährige Mitarbeiterin

Frau Marta Kirsch,
geb. Fiedler

im Alter von 34 Jahren.
Wir werden ihr Andenken stets in Ehren halten.

Der Sozialdemokratische Verein.
Distrikt 42. 7666

Unser hochgeschätztes Mitglied

Frau Martha Kirsch

ist am 5. d. Mts. ihrem Leiden in den besten Lebensjahren erlegen. Obwohl seit langem durch ihre Krankheit behindert, stand sie bis in die letzte Zeit hinein gern zur Verfügung, wenn es galt, helfend einzugreifen. Diesem braven, lauteren Charakter wäre eine längere Daseinsfreude zu wünschen gewesen.

Wohlfahrtsbezirkskommission XIIC

Beerdigung: Freitag, vormittags 8½ Uhr, von dem Krankenhause in Herrnprotsch. 7667

Am Montag, den 4. August, abends 6½ Uhr, starb plötzlich und unerwartet, ein Opfer der wirtschaftlichen Verhältnisse und langen Arbeitslosigkeit, unser Kamerad der **Schmelzer**

Gustav Scharte

Sein Andenken bleibt in Ehren!

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold
Ortsgruppe Breslau.

Die Beerdigung findet heute nachmittags 3 Uhr auf dem Kommunalfriedhof in Gräbschen statt. 7664

Deutscher Holzarbeiterverband

Am 6. August verstarb unser Freund und Verbandskollege, der **Maschinenarbeiter**

Gustav Heider

im Alter von 58 Jahren. 7661

Ein ehrendes Andenken bewahren ihm

Die Mitglieder der Verwaltungsstelle Breslau.

Beerdigung: Sonnabend, den 9. August, nachmittags 2½ Uhr, von der Leichenhalle in Cosel.

Wie berichte ich über eine Versammlung?

Alles Nähere [illegible] über kurz und treffend in dem Büchlein:

Der gute Schriftführer u. Berichterstatter

Preis 40 Pf., auswärts 10 Pf. Porto.

Volkswacht-Buchhandlung (Vorderes Ahnenmarkt)
Breslau III, Neue Graupenstraße 5.

Seifenverschwendung

ist es, wenn Sie beim Waschen mit Seife, nicht ein Mittel gebrauchen, das durch gleichfalls säubernde Wirkung eine sparsamere Verwendung der teuren Seife verbürgt. Waschen Sie deshalb nie, ohne der Seifenlauge einen Zusatz von

Henko

Henkel's Wasch- und Bleich-Soda

beizugeben! Sie sparen hierdurch erheblich, da die viel billigere Henko in Verbindung mit etwas Seife eine außerordentliche Reinigungskraft entfaltet. Mitverwendung von Henko bei der Wäsche sichert sorgfältige Behandlung des Waschgutes und

billiges Waschen!

Hausfrauen! Achtung!

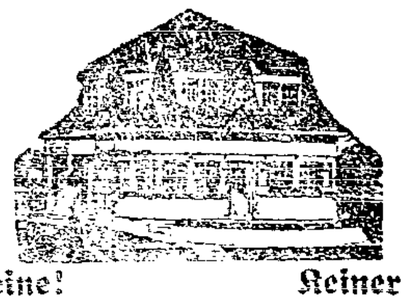
Gefrier-Rindfleisch

Prima Qualität!
Höchster Nährwert!

billiger.

à Pfund 50 und 60 Pfg.

Verkaufsstellen: **Markthalle I, Ritterplatz,**
Markthalle II, Garten- und Friedrichstraße. 3786



Schafft Bausteine! Keiner darf fehlen!

Jeder muß sich beteiligen!

Wer kein Interesse hat an der Behebung der Wohnungsnot, ist nicht wert, eine Wohnung zu besitzen.

Wir rufen deshalb die Bitte an Jedermann, ob reich, ob arm, ob im Norden oder Süden, sich unserer gemeinnützigen Bestrebung anzuschließen. Nach dem Grundsatz:

„Viele Wenige geben auch ein Viel"

wollen wir Mittel schaffen, um den Wohnungsbau zu fördern.

Jedermann liefere deshalb Bausteine

dergestalt, daß er ohne jede weitere Verpflichtung durch Einsendung seiner genauen Adresse und Mk. 1.50 für Beitritt und Jahresbeitrag die Mitgliedschaft erwirbt. Die eingehenden Beträge werden ausschließlich zum Bau der Wohnungen verwendet. Wir verteilen außerdem an unsere Mitglieder und zwar 3 Einfamilienhäuser, u. zwar:

1. **Ein Einfamilienhaus mit 6 Zimmern im Werte von Mk. 25 000.—**
2. **Ein Einfamilienhaus mit 5 Zimmern im Werte von Mk. 20 000.—**
3. **Ein Einfamilienhaus mit 4 Zimmern im Werte von Mk. 15 000.—**

Die Häuser werden schlüsselfertig, solid und friedensmäßig am Wohnort des Preisträgers erbaut unter Berücksichtigung jeder eigenen Wünsche. Wer bis zum 15. August ds. Js. unserem Verein beigetreten ist, soll nach Mitgliederbeschluß auch noch an der Verteilung teilnehmen. Es besteht somit für Jedermann die Möglichkeit, daß, wer bis zu obigem Termin seinen Beitritt und Jahresbeitrag **von Mk. 1.50** bezahlt hat, Eigentümer eines Einfamilienhauses werden kann. Der Jahresbeitrag ist kein Einsatz für die Geldverteilung, sondern werden die Kosten der zur Verteilung kommenden Einfamilienhäuser durch freiwillige Spenden gedeckt. Wer bei der ersten Verteilung nicht in den Besitz eines Eigenheims gelangt, hat den Vorteil, daß in kurzer Zeit und dann jeden Monat weitere Veranstaltungen stattfinden, woran er als Mitglied teilnehmen kann. Alle tragen ferner auch noch zur

Behebung der Wohnungsnot

bei, denn das Vereinsvermögen wird ausschließlich nur zur Beschaffung von Wohnungen auf gemeinnütziger Grundlage verwendet, und versehen sämtliche Vorstandsmitglieder ihre Ämter ehrenamtlich.

Nach Eingang Ihrer Anmeldung nebst Aufnahme- und Beitrittsgelder gehen Ihnen Mitgliedskarte und Satzungen des Vereins kostenlos zu. Im Interesse einer beschleunigten Durchführung der Vereinsbestrebungen werden freiwillige Spenden, deren Höhe vollständig im Ermessen der Mitglieder liegen, dankbar entgegengenommen.

Schafft Bausteine! Einer werbe den Andern!

Wir veranstalten ferner **einen Wettbewerb** unter unseren Mitgliedern und verteilen unter die eifrigsten Werber 1000 Preise

1. Preis 1 Einfamilienhaus mit 6 Zimmern im Wert von Mk. 25 000.—
2. „ 1 Einfamilienhaus mit 5 Zimmern im Wert von Mk. 20 000.—
3. „ 1 Einfamilienhaus mit 4 Zimmern im Wert von Mk. 15 000.—
4. „ Eine komplette Wohnungseinrichtung bestehend aus Küche, Wohn- und Schlafzimmer.
5. „ Ein Herrenzimmer.
6. „ Ein Piano.
7. „ Ein Grammofon.
8. „ Ein Motorrad.
9. „ Eine kompl. Wäscheausstattung.

10.—20. „ Fahrräder.
480 sonstige praktische Gegenstände.
500 wertvolle gute Bücher. 4576

Wer bis zum 20. Dezember ds. Js. die meisten Mitglieder geworben hat, erhält den ersten Preis usw. Das Ergebnis der Werbetätigkeit wird derart festgestellt, daß jedes Mitglied eine beliebige Anzahl Satzungen mit quittierter Beitrittserklärung über Mk. 1.50 vom Sekretariat beziehen kann, die er alsdann zur Werbung verwendet und den vorgelegten Betrag selbst von dem neugeworbenen Mitglied einzieht, gegen Abgabe der Satzungen und Beitrittserklärungen. Die Verteilung der Preise findet unter notarieller Aufsicht statt.

Deshalb frisch ans Werk. Hier entscheidet nicht Glück oder Zufall, sondern lediglich der Eifer.

Verein zur Förderung des Wohnungsbaues e. V.
Sekretariat Stuttgart. 124. Rotebühlkaserne.
Postscheckkonto Stuttgart 21300.

Anordnung.

Auf Grund der Ermächtigung des preußischen Ministers für Volkswohlfahrt vom 15. Juli 1924 — II. 7. Nr. 511 — wird mit Zustimmung des Reichsarbeitsministers nach § 6 des Wohnungsmangelgesetzes vom 26. Juli 1923 für die Vergebung von Wohnungen durch das Wohnungskommissariat Breslau folgendes angeordnet:

Kommt zwischen dem vom Magistrat, Wohnungskommissariat, bezeichneten Wohnungsuchenden und dem Verfügungsberechtigten innerhalb einer Woche, nachdem der Wohnungsuchende dem Verfügungsberechtigten bezeichnet worden ist, ein Mietvertrag nicht zustande, so setzt auf Antrag des Magistrats, Wohnungskommissariat, das Mieteinigungsamt, falls für den Verfügungsberechtigten kein unverhältnismäßiger Nachteil aus der Vermietung an sich oder aus der Art des Mieters zu besorgen ist, einen Mietvertrag fest. Der Vertrag gilt als geschlossen, wenn der Wohnungsuchende nicht innerhalb einer vom Mieteinigungsamt zu bestimmenden Frist bei diesem Widerspruch erhebt. Der Inhalt des Vertrages gilt den Parteien gegenüber als vereinbart. Das Mieteinigungsamt kann anordnen, daß die Gemeinde an Stelle des Wohnungsuchenden als Mieterin gilt und berechtigt ist, die Mieträume weiter zu vermieten.

Die Verordnung tritt mit dem Tage ihrer Veröffentlichung in Kraft.

Breslau, am 5. August 1924. 7658

Der Magistrat.

Achtung! Kauer!

Warum ist **Grimm & Triepel** der beste Kautabak und in allen deutschen Gauen beliebt?

Weil er seit 75 Jahren aus garantiert rein Kentucky, echtem, altem Jamaika-Rum und den feinsten ausländischen Kräutern hergestellt wird. Fordert in den Geschäften nur Kautabak von **Grimm & Triepel.** Jede Rolle enthält einen Zettel mit Firma.

Neueinführung:

Grimm & Triepel lose. Qualität und Preis wie Rollen, aber doppelte Menge. 7652

Wertvolles Geschenk!

Ferdinand Lassalle

Eine Würdigung des Lehrers und Kämpfers von Eduard Bernstein

Gediegener Halblederband

Staunend billiger Vorzugspreis

statt 10.— Mk nur **4.50 Mk.**

Volkswachtbuchhandl.
Breslau III, Neue Graupenstr. 5
modernes Antiquariat.

Wahre Wunderkuren

verrichten Krugs giftfreie Heilkräuter. Mit bestem Erfolg angewandt bei: Asthma, Augenleiden, Bandwurm, Beingeschwür, Beinmassen, Blähungen, Blasenkatarrh, Blasenstein, Bleichsucht, Blutarmen, Brechdurchfall, Bronchialkatarrh, Darmkatarrh, Drüsenleiden, Fettleibigkeit, Frauenleiden, Gallensteine, Gelbsucht, Gicht, Hämorrhoiden, Hartleibigkeit, Hautleiden, Herzleiden, Influenza, Ischias, Keuchhusten, Kehlkopfkatarrh, Kopfschmerzen, Krätze, Leberleiden, Luftröhrenkatarrh, Lungenleiden, Magenerweiterung, Magenkatarrh, Magengeschwür, Malern, Nierenleiden, Nierenstein, Nervenschwäche, Nervenerschlaffung, Nervenfieber, Nervenentzündung, Nervenschmerzen, Rückenmarksleiden, Rachitis (engl. Krankheit) Rheumatismus, Skrophulose, Syphilis, Tripper, Wassersucht, Weißfluß, Wurmleiden, Zuckerkrankheit usw. usw. — Beschreiben Sie mir **möglichst genau** Ihr Leiden, auch wenn veraltet, mit **allen** Begleiterscheinungen, und Sie erhalten von mir im verschlossenen Brief **gratis und franko** eingehende Auskunft. **Ich helfe Ihnen bestimmt.** Der Versand geschieht unter ärztlicher Aufsicht. 7663

Max Krug, Berlin W. 35
Potsdamer Straße 45.

Zurückgekehrt
Geheimrat 4579
Dyhrenfurth
Frauenarzt 4579
Matthiasplatz 17.

Zurückgekehrt
Dr. Kaliski
Hohenzollernstr. 45.

Zurückgekehrt
Dr.
Doenninghaus
jun.
Hals-Nasen-Ohrenarzt
Breslau, Feldstr. 31

Zurückgekehrt
Dr. med. E. Büchler
Glogauer Straße 3
Ecke Frankfurter Straße

Bitte
bei allen Einkäufen stets die Inserenten unserer Zeitung zu berücksichtigen.

Weiße Damen-Hüte
Karlsplatz 3
1 Treppe 7623
R. Glücksmann

Billige Lebensmittel!

Von neuen Ankünften in frischen, guten Qualitäten bieten wir an:

Rückenspeck, fett, geräuchert, delikat schmeckend	½ kg	0.80
Bauchspeck, durchwachsen, geräuchert	½ kg	0.65
Schweineschmalz, amerikanisch	½ kg	0.82
Rindertalg	½ kg	0.52
Rindernierenfett	½ kg	0.58
Kokosfett, weiß	Tafel, ½ kg	0.60
Qualitätsmargarine „Rheinperle" für die sparsame Hausfrau unentbehrlich	½ kg	0.90
Vollmilch, holländische, gezuckert	Dose	0.48
Vollmilch, amerikanische, ungezuckert	Dose	0.48
„Nordella" Vanille-Speiseschokolade, 50% Kakao, 100 g-Tfl.	2 Tafeln	0.25 0.45
Pralinen, feine Creme-Füllungen	½ kg	1.—
Sahne-Karamellen mit gehackten Mandeln	½ kg	1.60
Himbeersaft, „Neue Ernte" mit 65% Raffinade eingekocht	die 1/1-Flasche	1.20
Bohnen mit Speck fertig u. fertig für den Mittagtisch, nur anzuwärmen, die ½ kg-Dose		0.20

Stiebler's Patent-Kaffee
gehaltvoll und aromatisch.

Nr. 6 Karlsbader Mischung!	½ kg	3.80
Nr. 8 Elite-Mischung	½ kg	4.—
Nr. 9 Mammut-Mischung	½ kg	4.20

Billigere, aber auch gute Mischungen:

Nr. 2	3	4	5
2.40	2.80	3.—	3.40

Feinkost.

Matjes-Heringe, sehr fein	Stück	0.10
Neue Schotten-Heringe	10 Stück —.55, Stück	0.06
Riesen-Aale, geräuchert	½ kg	4.—
Speckflundern	½ kg	1.20
Bratheringe	4 Ltr.-Dose	2.60
Holsteiner Salami	½ kg	1.50
Wiener Würstel	2 Paar	0.35
Gouda-Käse, holländ.	½ kg	0.60
Harzerkäse	Kiste 2 kg 1.40, ½ kg	0.45

Obst und Gemüse

Italienische Weintrauben	½ kg	0.95
Frische Pfirsiche, ital.	½ kg	0.80
Frische Ananas, goldgelbe Früchte	½ kg	4.—
Netzmelonen, ungarische	½ kg	0.30
Tomaten, ital.	½ kg	0.25
Neue Kartoffeln	5 kg 0.35, ½ kg	0.04

Otto Stiebler
Breslau, Zwingerplatz 5
und 23 Filialen. 4578
Größtes Import- und Versandhaus im Osten Deutschlands.

Sozialistische Monatshefte
Redigiert von Jos. Bloch
monatlich 50 Mk.
vierteljährlich 1.50
Bestellungen bei allen Zeitungsausträgern u. der Volkswachtbuchhandl., Breslau III.

Wohnungen

Tausche 3735
3, 2 und 1 fenstrige Stuben, Küche, Keller, Gas elektrisches Licht, im Zentrum, in 2 und 1 fenstr. Stuben, Küche pp. Nähe Gabitzstraße. Off. unt. **St. 669** Geschäftsst. d. Ztg.

Junges Ehepaar sucht leere Stube mit Kochgelegenheit, evtl. mit Hausbereinigung. Off. unt. **St. 668** Geschäftsst. d. Ztg.

Käufe

Pocketing, Köper
Roßhaar, Kamelhaar, Satin, Vermelfurt. kft. zu höchst. Preis.
Berthold Lippert
Heinrichstraße 16. 7542

Kleine Anzeigen
sind kompreß gesetzte einsp. Anzeig. v. Verkaufen, Kaufgesuchen u. a. nur von **Privaten.** Wort 3 Pfg., fett 4 Pfennige.

Bremer Jugendgenosse sucht einfach **möbliertes Zimmer.** Angeb. unt. St. 670 a. d. Exped.

Westend 7627
Frankfurter- oder Nebenstraße
2 Zimmer (möbliert oder unmöbliert)
zur Ausübung ärztlicher Praxis gesucht.
Offerten unter **St. 665** an die Geschäftsstelle der Zeitung.

Jede Nähmaschine
auch unbrauchbare, kauft höchstzahlend 3728
Wienziers, Gräbschener Straße 45.

Proletarier!
Beseitigt die Hindernisse des Sprachschranken! Lernt die Weltsprache **Esperanto,** die von Arbeitern aller Nationen gesprochen und verwendet wird.

Arbeitsmarkt

Älterer Werkzeugschlosser
tüchtige u. energische Persönlichkeit, als **Maschinen-Einrichter** für mittleren Betrieb zum **baldigen Antritt gesucht.** Derselbe muß mit allen vorkommenden Arbeiten vollständig vertraut und in der Lage sein, sich unbedingten Respekt zu verschaffen. Gutes Einkommen bei dauernder Stellung wird zugesichert. Ausführliche Angebote unter **St. 667** an die Expedition der Zeitung erbeten. 7644

Schneider
auf Faltenjoppen, saubere Arbeiter, finden Beschäftigung. Probearbeit und Ausweise erforderlich. 7660
Nathan Steinitz
Nikolaistraße 65/68.

Aufräumefrau
gesucht
für täglich früh 7—9½ Uhr
Nathan Steinitz
Nikolaistraße 65/68.